

1182 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Ausgedruckt am 8. 3. 1990

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und

der Präsident der Tunesischen Republik,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln, sind übereingekommen, ein Abkommen zu schließen, und haben hiefür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Bundespräsident der Republik Österreich
Herrn Dr. Alois Mock, Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten,

der Präsident der Tunesischen Republik

Herrn Abdelhamid Escheikh, Minister für auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Österreich“
die Republik Österreich,
„Tunesien“
die Tunesische Republik;

2. „Gebiet“
in bezug auf Österreich
dessen Bundesgebiet,
in bezug auf Tunesien
das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;
3. „Staatsangehöriger“
in bezug auf Österreich
dessen Staatsbürger,
in bezug auf Tunesien
eine Person tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des tunesischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;
4. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
5. „zuständige Behörde“
in bezug auf Österreich
die Bundesminister, die mit der Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften betraut sind,
in bezug auf Tunesien
den Minister für soziale Angelegenheiten;
6. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
7. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
8. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der

Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;

9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“ eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge, Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserstattungen geleistet werden;
10. „Familienbeihilfen“
in bezug auf Österreich
die Familienbeihilfe,
in bezug auf Tunesien
die Familienbeihilfe.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
 1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung,
 - d) die Familienbeihilfe;
 2. auf die tunesischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung,
 - b) die Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung,
 - d) die Familienbeihilfe.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen; es bezieht sich ferner nicht

in bezug auf Österreich

auf die Rechtsvorschriften über die Notarversicherung,

in bezug auf Tunesien

auf die Rechtsvorschriften über die im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Verträgen mit dritten Staaten ergeben oder zu deren Ausführung dienen, sind, soweit sie nicht Versicherungslastregelungen enthalten, im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt, soweit es nichts anderes bestimmt, für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für ihre Familienangehörigen und andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates ableiten.

(2) Dieses Abkommen ist auf Diplomaten und Berufskonsuln und auf das Verwaltungs- und technische Personal der von Diplomaten und Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden der Vertragsstaaten sowie auf Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals dieser Vertretungsbehörden und auf die ausschließlich bei Diplomaten, Berufskonsuln und Mitgliedern der von Berufskonsuln geleiteten Vertretungsbehörden beschäftigten privaten Hausangestellten, deren rechtliche Stellung durch das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 oder das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 geregelt ist, nicht anzuwenden.

Artikel 4

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden die Geldleistungen bei Invalidität, Alter oder an Hinterbliebene, die Renten bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit und die Sterbegelder, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt, weil sich der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält.

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, sofern Artikel 7 nichts anderes bestimmt, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 7

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvor-

schriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(4) Wird ein öffentlich-rechtlich Bediensteter oder ein ihm nach den Vorschriften des in Betracht kommenden Vertragsstaates Gleichgestellter in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung er beschäftigt ist.

Artikel 8

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 und 7 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit und Mutterschaft

Artikel 9

(1) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Bezug von Pensionen Berechtigter im Gebiet eines Vertragsstaates, so werden ihm und seinen Familienangehörigen Sachleistungen von dem Träger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension lediglich auf Grund der Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des Trägers des Vertragsstaates, in dem der Berechtigte wohnt.

(2) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension Berechtigter im Gebiet des anderen Vertragsstaates, so werden ihm und seinen Familienangehörigen Sachleistungen von dem Träger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des zuständigen Trägers des Vertrags-

staates, in dem der zur Pensionszahlung verpflichtete Träger seinen Sitz hat.

Artikel 10

Die nach Artikel 9 Absatz 2 in Betracht kommenden Sachleistungen werden gewährt

in Österreich

von der für den Wohnort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse,

in Tunesien

von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit.

Artikel 11

(1) Bei Sachleistungen, die nach Artikel 9 Absatz 2 gewährt werden, hat der zuständige Träger den Betrag dieser Leistung zu erstatten.

(2) Die zuständigen Behörden können nach Anhörung der beteiligten Träger zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Kapitel 2

Berufskrankheiten

Artikel 12

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) In Fällen von Silikose oder Asbestose sind dem nach Absatz 1 zur Erbringung der Leistungen verpflichteten Träger die Aufwendungen für Geldleistungen einschließlich Renten vom Träger des anderen Vertragsstaates zur Hälfte zu erstatten; dies gilt nicht, wenn die Beschäftigungsdauer in diesem anderen Vertragsstaat, welche die Silikose oder Asbestose verursacht haben könnte, 10 vom Hundert der gesamten Beschäftigungsdauer, die die Silikose oder Asbestose in den beiden Vertragsstaaten verursacht haben könnte, nicht erreicht.

(3) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

Artikel 13

Erhebt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat oder erhält, bei Verschlimmerung einer Berufskrankheit wegen einer gleichartigen Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Leistungen, so gelten folgende Regelungen:

- a) Hat die Person im Gebiet dieses Vertragsstaates keine Beschäftigung ausgeübt, die geeignet war, die Berufskrankheit zu verursachen oder zu verschlimmern, so bleibt der zuständige Träger des ersten Vertragsstaates verpflichtet, die Leistungen nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zu seinen Lasten zu gewähren.
- b) Hat die Person im Gebiet des letzten Vertragsstaates eine derartige Beschäftigung ausgeübt, so bleibt der zuständige Träger des ersten Vertragsstaates verpflichtet, die Leistungen nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung zu gewähren; der zuständige Träger des anderen Vertragsstaates gewährt der Person eine Leistung, deren Höhe sich nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften bestimmt und dem Unterschiedsbetrag zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und dem Betrag entspricht, der geschuldet sein würde, wenn die Krankheit vor der Verschlimmerung in seinem Gebiet eingetreten wäre.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod

(Pensionen)

Artikel 14

Galten für eine Person nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruches die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden. In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind.

Artikel 15

(1) Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so sind die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

benen Leistungen, so sind die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger jedes Vertragsstaates hat nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Berücksichtigung der im Artikel 14 vorgesehenen Zusammenrechnung der Zeiten die Voraussetzungen für den Anspruch auf die in diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Leistungen erfüllt.
- b) Besteht ein Anspruch, so hat jeder in Betracht kommende Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten ausschließlich nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.
- c) Auf Grund dieses Betrages hat der Träger den geschuldeten Betrag nach dem Verhältnis festzusetzen, das zwischen der Dauer der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Zeiten besteht.
- d) Bemessungsgrundlagen werden nur aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den für den Träger geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.
- e) Bei Durchführung der Buchstaben b und c sind sich deckende Versicherungszeiten so zu berücksichtigen, als würden sie sich nicht decken.

(2) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegt worden sind, insgesamt nicht zwölf Monate, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch bereits auf Grund solcher geringerer Zeiten besteht.

(3) Die im Absatz 2 erster Satz genannten Zeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches und dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Zeiten.

Artikel 16

Die österreichischen Träger haben die Artikel 14 und 15 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und der Leistungszuständigkeit sind nur österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

2. Die Artikel 14 und 15 gelten nicht für das Bergmannstreuegeld aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a gelten als neutrale Zeiten auch Zeiten, während derer der Versicherte einen Anspruch auf eine Pension aus dem Versicherungsfall des Alters beziehungsweise der Invalidität nach den tunesischen Rechtsvorschriften hatte.
4. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b haben Beiträge zur Höherversicherung, der knappschaftliche Leistungszuschlag, der Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage außer Ansatz zu bleiben.
5. Übersteigt bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.
6. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 15 Absatz 1 Buchstaben b und c; Artikel 19 ist entsprechend anzuwenden.
7. Der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung, den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage.
8. Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so werden von den tunesischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen tunesischen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
9. Sonderzahlungen gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Artikel 19 ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 17

Die tunesischen Träger haben die Artikel 14 und 15 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b erster Satz haben Beiträge zur Zusatzversicherung außer Ansatz zu bleiben.
2. Übersteigt bei Durchführung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertrags-

staaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den tunesischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.

3. Der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Zusatzversicherung.
4. Erfüllt der Versicherte auch ohne Berücksichtigung des Artikels 14 die für einen Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen, so stellt der tunesische Träger den Betrag der Leistung unter ausschließlicher Heranziehung der nach den tunesischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten fest.

Artikel 18

(1) Erfüllt die betreffende Person in einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzung der auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften zwar nicht beider Vertragsstaaten, wohl aber eines Vertragsstaates, ohne daß es erforderlich ist, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigenden Versicherungszeiten heranzuziehen, so ist der Betrag der Leistung nur auf Grund der Rechtsvorschriften festzustellen, nach denen der Anspruch erworben worden ist, und zwar unter ausschließlicher Heranziehung der nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Zeiten.

(2) Eine nach Absatz 1 festgestellte Leistung ist nach Artikel 15 neu festzustellen, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.

Artikel 19

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe a Anspruch auf eine Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen, so hat der Träger dieses Vertragsstaates seine so errechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der nach Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c errechneten Leistungen und der Leistung, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

Kapitel 4**Familienbeihilfen****Artikel 20**

(1) Eine Person, die in einem Vertragsstaat als Dienstnehmer erwerbstätig ist, hat nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch auf Familienbeihilfen auch für die Kinder, die sich ständig in dem anderen Vertragsstaat aufhalten.

(2) Für den Anspruch auf Familienbeihilfen werden die Dienstnehmer so behandelt, als hätten sie ihren Wohnsitz ausschließlich in dem Vertragsstaat, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird.

(3) Anspruch auf die österreichische Familienbeihilfe besteht für Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und sich ständig in Tunesien aufhalten, nur dann, wenn sie sich in Schulausbildung befinden.

Artikel 21

(1) Die Familienbeihilfe, die nach österreichischen Rechtsvorschriften für Kinder gewährt wird, die sich ständig in Tunesien aufhalten, beträgt monatlich 818 S für jedes Kind. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich die Familienbeihilfe für ein Kind jeweils nach dem 1. Jänner 1987 erhöht oder vermindert.

(2) Für Kinder, die das 10. Lebensjahr vollendet haben und sich ständig in Tunesien aufhalten, erhöht sich die Familienbeihilfe mit Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 120 S. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich der Zuschlag zur Familienbeihilfe für ein Kind, welches das 10. Lebensjahr vollendet hat, nach dem 1. Jänner 1986 jeweils erhöht oder vermindert.

Artikel 22

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Erlangung des Anspruches auf Familienbeihilfen bestimmte Wartezeiten vor, so werden die in dem anderen Vertragsstaat zurückgelegten gleichartigen Zeiten angerechnet.

(2) Dienstnehmer, die Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung eines Vertragsstaates beziehen, sind in bezug auf den Anspruch auf Familienbeihilfen so zu behandeln, als ob sie in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie diese Geldleistungen erhalten, beschäftigt wären.

Artikel 23

Hat eine Person während eines Kalendermonates unter Berücksichtigung dieses Abkommens für

ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für diesen Monat nur von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu gewähren waren.

Artikel 24

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind die Voraussetzungen für die Gewährung von Familienbeihilfen in beiden Vertragsstaaten gegeben, so sind die Familienbeihilfen für dieses Kind ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dem sich das Kind ständig aufhält.

Artikel 25

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.

ABSCHNITT IV**VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN****Artikel 26**

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Diese Vereinbarung kann bereits vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen werden, sie darf jedoch frühestens gleichzeitig mit diesem Abkommen in Kraft treten.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, werden auf Ersuchen der zuständigen Stelle zu ihren Lasten vom Träger des Aufenthaltsortes veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 27

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 28

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 29

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Ver-

tragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absatz 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 30

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Stellen haben die Leistungen mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung zu erbringen, wobei für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend ist, der bei der Übermittlung der Leistung zugrunde gelegt wurde.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat, zu erfolgen.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 31

Für die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren öffentlichen Urkunden der Träger und Behörden eines Vertragsstaates im Bereich der im Artikel 2 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit gilt der Vertrag vom 23. Juni 1977 zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts entsprechend.

Artikel 32

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Leistung der Sozialhilfe oder eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Träger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein.

(3) Die Einbehaltung nach den Absätzen 1 und 2 erfolgt nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, die für den die Einbehaltung vornehmenden Träger gelten.

Artikel 33

Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Artikel 34

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege beigelegt. Auf Verlangen eines Vertragsstaates kann die Streitigkeit des weiteren einer Ad-hoc-Kommission unterbreitet werden, die sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten zusammensetzen wird. Jede Delegation kann Experten beiziehen.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jeder Vertragsstaat bestellt binnen einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominieren Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.
- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, daß der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörig-

keit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes oder auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

ABSCHNITT V

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 35

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind. In diesen Fällen werden nach den Bestimmungen dieses Abkommens

- a) Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten vom Inkrafttreten dieses Abkommens an festgestellt,
- b) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt.

Wird der Antrag auf Feststellung oder auf Neufeststellung binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so werden hinsichtlich der Ansprüche aus Absatz 3 die diesbezüglichen Vorschriften auf die Berechtigten nicht angewendet, wenn der im Absatz 3 bezeichnete Antrag binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens

gestellt wird. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß günstigere Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anwendbar sind.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 Buchstabe b ist Artikel 32 Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

Artikel 36

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 37

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter, und zwar ohne Rücksicht auf einschränkende Bestimmungen, welche die in Betracht kommenden Systeme für den Fall des Aufenthaltes eines Versicherten im Ausland vorsehen.

ZU URKUND DESSEN haben die oben erwähnten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Tunis, am 4. Dezember 1989, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:
Mock

Für die Tunesische Republik:
Escheikh

SCHLUSSPROTOKOLL

ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgende Bestimmungen besteht:

I. Zu Artikel 4 des Abkommens:

Diese Bestimmung berührt nicht

- a) Versicherungsregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
- b) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen;
- c) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten;
- d) die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der Sozialen Sicherheit.

II. Zu Artikel 5 des Abkommens:

Diese Bestimmung bezieht sich hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften nicht auf

- a) die Ausgleichszulage;
- b) jene Teile der österreichischen Leistung, die beruhen
 - i) auf Versicherungszeiten nach dem Bundesgesetz vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit außerhalb Österreichs oder
 - ii) auf im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb Österreichs zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit.

III. Zu Artikel 11 des Abkommens:

In den Fällen des Artikels 9 Absatz 2 ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

IV. Zu den Artikeln 20 bis 22 des Abkommens:

- a) Anspruch auf Familienbeihilfen besteht nur, wenn die Beschäftigung nicht gegen die bestehenden Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt.
- b) Anspruch auf die Familienbeihilfe nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur, wenn die Beschäftigung in Österreich mindestens einen Kalendermonat dauert; auf diese Wartezeit findet eine Anrechnung nach Artikel 22 Absatz 1 nicht statt.
- c) Anspruch auf die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur für die Kinder, die sich ständig in Österreich aufhalten.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über Soziale Sicherheit.

Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Tunis, am 4. Dezember 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Falle abweichender Auslegung zwischen dem deutschen und dem arabischen Text ist der französische Text maßgebend.

Für die Republik Österreich:

Mock

Für die Tunesische Republik:

Escheikh

اتفاقية
بين
جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية
حول الضمان الاجتماعي

(٢)

ان

الرئيس الفيدرالى لجمهورية النمسا

و

رئيس الجمهورية التونسية

تحدوهما الرغبة فى تنظيم العلاقات بين الدولتين فى ميدان
الضممان الاجتماعيين ،
قررا ابرام اتفاقية ولهذا الغرض سميا
مندوبيهما المفوضين وهما :

عن الرئيس الفيدرالى لجمهورية النمسا
السيد الويس موك الوزير الفيدرالى للشؤون الخارجية
عن رئيس الجمهورية التونسية
السيد عبد الحميد الشيخ وزير الشؤون الخارجية

اللذين بعد أن تبادلوا وثائق تفويضهما ، المعرف
بصحتها اتفقا على الاحكام التالية :

1182 der Beilagen

(٣)

العنوان الأول : أحكامه عامة

الفصل الأول :

(١) لفرض تطبيق هذه الاتفاقية:

١- تشير عبارة "النمسا"
الى جمهورية النمسا
وتشير عبارة "تونس"
الى الجمهورية التونسية

٢- تشير عبارة "تراب"
بالنسبة للنمسا الى ترابها الفيدرالى.
بالنسبة لتونس الى تراب الجمهورية التونسية
٣- تشير عبارة "مواطن"
بالنمسا الى مواطنيها

بالنسبة لتونس الى مواطنيها طبقا للقانون التونسي فى هذه المادة
٤- تشير عبارة تشريع الى القوانين و التراخيص
والاحكام التأسيسية و كل اجراءات التطبيق الاخرى المتعلقة
بتنظيم و فروع الفمان الاجتماعى المشار اليها بالفقرة الاولى
من الفصل الثانى

٥- تشير عبارة "السلطة المختصة"
بالنسبة للنمسا الى الوزراء الفيدراليين المكلفين بتطبيق
التشريعات المنصوص عليها بالنقطة ٢ للفقرة ١ من الفصل
الثانى

بالنسبة لتونس الى وزير الشؤون الاجتماعى

٦ - تشير عبارة "المؤسسة" الى الهياكل أو السلطة التي يرجع لها بالنظر كليا أو جزئيا تطبيق التشريعات المشار اليها بالفقرة (١) من الفصل الثاني

٧ - تشير عبارة "المؤسسة المختصة" الى المؤسسة التي يكون المؤمن منخرطا فيها وقت طلب المنافع أو التي يكون أو قد يكون له الحق في التمتع بمنافع من طرفها اذا كان مقيما بتراب الطرف المتعاقد الذي توجد به هذه المؤسسة

٨ - تشير عبارة "فرد من الأسرة" الى فرد من العائلة حسب التشريع الجاري به العمل في الدولة المتعاقدة التي يوجد بها مقر المؤسسة التي تتحمل تقديم المنافع

٩ - تشير عبارة "منافع نقدية و جرايات عمرية أو جرايات الى منافع نقدية و جرايات عمرية أو جرايات بما فيها كل العناصر المحمولة على الاموال العمومية والترفيعات و المنح الاضافية في شكل رأس مال و المبالغ المدفوعة بعنوان تسديد الاشتراكات"

١٠ - تشير عبارة "المنح العائليّة" بالنسبة للنمسا الى المنح العائليّة بالنسبة لتونس الى المنح العائليّة

(٥)

(٢) لغرض تطبيق هذه الاتفاقية تعنى كل بقية اللفظ المعاني التي تقصدها حسب تشريع كل واحد من البلدين .

الفصل الثاني :

(١) x تتطبق هذه الاتفاقية على التشريعات المتعلقة بـ :

١/ في النمسا :

- أ - التأمين على المرض
- ب - تأمين الحوادث
- ج - تأمين الجرايات
- د - المنح العائلية

٢/ في تونس :

- أ - تأمين المرض و الامومة و الوقاية
- ب - تأمين حوادث الشغل و الامراض المهنية
- ج - تأمين الجرايات
- د - المنح العائلية

(٢) لا تنطبق هذه الاتفاقية على النصوص التشريعية أو الترتيبية التي تغطي فرعاً جديداً من الضمان الاجتماعي و لا على أنظمة التعويض لفائدة المتضررين من الحرب و مخلفاتها ، كما لا تنطبق بالنسبة للنمسا : على التشريع الخاص بتأمين العمال دول بالنسبة لتونس : على التشريع الخاص بالاعوان المنتمين للقطاع العمومي

(٣) لا تدخل المقتضيات القانونية الناجمة عن الاتفاقات الدولية المبرمة مع الدول الاخرى أو اللازمة لتنفيذها بعين الاعتبار في علاقات الدولتين المتعاقدين و ذلك طالما لم تتضمن قواعد لتوزيع الاعباء في مساعدة التأمين

الفصل الثالث :

(١) طالمة لم يتم التنميص على خلاف ذلك تنطبق هذه الاتفاقية على مواطني كل من الدولتين المتعاقبتين و على أفراد أسرهم و على بقية الاشخاص فيما يتعلق بالحقوق المنجزة عن حقوق مواطن من إحدى الدولتين المتعاقبتين .

(٢) لا تنطبق مقتضيات هذه الاتفاقية على الممثلين الدبلوماسيين و القناصل المحترفين و الاعوان التقنيين الاداريين للبعثات والقنصليات التي يديرها قنصل محترف و اعضاء سلك الخدمة للبعثات الدبلوماسية و القنصلية و كذلك الاشخاص المستخدمين خصيصا بصفة خاصة في منازل الممثلين الدبلوماسيين و القناصل المحترفين و اعضاء القنصليات التي يديرها قنصل محترف على ان تنطبق على الوضعية القانونية لهؤلاء الاعوان مقتضيات اتفاقية (فيانا) حول العلاقات الدبلوماسية الموقعة في ١٨ أبريل ١٩٦١ و اتفاقية (فيانا) حول العلاقات القنصلية الموقعة في ٢٤ أبريل ١٩٦٣ .

الفصل الرابع :

ما لم تقتضى هذه الاتفاقية خلاف ذلك تتم معاملة مواطني كل واحد من البلدين المتعاقدين بمثل معاملة مواطني البلد الآخر عند تطبيق تشريع هذا الأخير .

الفصل الخامس :

ما لم تقتضى هذه الاتفاقية خلاف ذلك فان المنافع النقدية الخاصة بالعجز و الشبخوخة و الباقيين بعد الوفاة و جريات حوادث الشغل و الامراض المهنية و كذلك منح الوفاة الممتحنة طبقا لتشريع إحدى الدولتين المتعاقبتين لا يمكن تنقيصها و لا تغييرها و لا تعليقها و لا الغاؤها و لا حجزها بحجة ان المستفيد منها يقيم بمفوضية دائمة أو مؤقتة بتراب الدولة المتعاقدة الاخرى .

1182 der Beilagen

17

(٧)

المنوان الشاسى : فسط الشرىع المنطىق

الفمسل السادس :

مع الاحراز لاحكام الفصل ٧ ، فسط اجارىة التامىمن
طىقا لشرىع الدولة المةافدة الشى ىمارس الشىاط المهنى على
ترابها . وفى حالة مارىسة شىاط مهنى مؤجر فان هذه القاعدة
تتطىق أىضا اذا كان مقر المؤجر مؤجدا على تراب الدولىسة
المةافدة الاخرى .

الفمسل السابع :

(١) العامل الذى شغله مؤسسة يؤجد مقرها على تراب احدى
الدولتىن المةافدتىن ىبقى خافعا لشرىع الدولة المةافدة
الاولى لمدة الاربع و عشرىن شهرا الاولى من اشغالهم .

(٢) العامل الذى شغله مؤسسة طىران يؤجد مقرها بتراب
احدى الدولتىن المةافدتىن و السذى تم الحاقه بتراب الدولة
المةافدة الاخرى ىبقى خافعا لشرىع الدولة المةافدة
الاولى .

(٣) ىخضع طاقم السفىنة البحرىة و كذلك بقىة الاشخاص
العاملىن باسئرار على ظهر هذه السفىنة الشى شرىع الدولة
المةافدة التى ترفىع السفىنة علمها .

(٤) العملة الاجراء أو المشهمون بالاجراء الشاعمون لممالشح
ادارىة رسىة الملحقون من طرف احدى الدولتىن بالسدرولة
الاخرى ىبقون خافعىن للشرىع الجارى به العمل فلىسة
السدرولة الشى الحقها .

الفصل الثامن :

- (١) يطلب مشترك من العامل الاجير و موعجره فان السـلط المختمة للدولتين المتعاقـدتين يمكن أن تتفقـا على استثناء لمقتضيات الفصلين ٦ و ٧ و ذلك باعتبار طبيعة و ظروف العمل
- (٢) طبقا للفقرة (١) اذا كان العامل الاجير خاضعا لتشريع احدى الدولتين المتعاقـدتين مع ممارسة نشاطه الموعـجر على تراب الدولة المتعاقـدة الاخرى فان التشريع ينطبق كما لو كان المعنى بالامر بمارس نشاطه على تراب الدولة المتعاقـدة الاولى

العنوان الثالث : أحكام خاصة

=====

الباب الاولالمرض و الولادةالفصل التاسع :

- (١) ينتفع اصحاب الجرايات المستحقة طبقا لتشريع الدولتين المتعاقـدتين و كذلك أفراد أسرهم ، المقيمين باحدى الدولتين ، بالمنافع العينية التى تسديها مؤسسة مقر الإقامة كما لو كانوا منتفعين فحسب بجرايات طبقا لتشريع الدولة المتعاقـدة مقرر الإقامة . و تتحمل اعباء هذه المنافع مؤسسة الدولة المتعاقـدة مقر الإقامة .
- (٢) ينتفع أصحاب الجرايات المستحقة طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقـدتين و كذلك افراد أسرهم المقيمين بالدولة الاخرى بالمنافع العينية التى تسديها مؤسسة مكان الإقامة كما لو كانوا منتفعين بجرايات طبقا لتشريع الدولة المتعاقـدة مكان الإقامة .
- و تتحمل اعباء هذه المنافع المؤسسة المختصة للدولة المتعاقـدة التى يوجد بها مقر المؤسسة التى تصرف الجرايات .

(٩)

الفصل العاشر :

تسدى المنافع العينية المنصوص عليها بالفقرة (٢) من

الفصل (٩)

فى النمسا : من قبل Gebietskrankenkasse المختصة
بالنسبة لمكان اقامة الشخص المعنى بالامر
فى تونس: من قبل الصندوق القومى للضمان الاجتماعى

الفصل الحادى عشر :

(١) فيما يتعلق بالمنافع العينية المسداة فى الحالات المشار

اليها بالفقرة (٢) من الفصل (٩) فان المؤسسة المختصة

مطالبة بتسديد مبلغ تلك المنافع .

(٢) يمكن للسلط المختصة بعد استشارة المؤسسات المعنية ان تقرر

فى اطار الحرب على اختصار الاجراءات الادارية ، بان يتم

تعويض التسديد حسب الفواتير بتسديد جملى .

الباب الثانىالامراض المهينةالفصل الثانى عشر :

(١) لا تمنح المنافع المنجزة عن مرض مهنى قابل للتعويض

طبقا لتشريع الدولتين المتعاقبتين الا بعنوان تشريع الدولة

المتعاقدة التى يكون النشاط المتسبب فى حصول مرض مهنى من هذه

الطبيعة مورس على ترابها آخر مرة و ذلك بشرط أن يستجيب

المعنى بالامر الى الشروط المنصوص عليها بهذا التشريع

(١٠)

(٩) بالنسبة لحالات التطلب الرئوى و الحرير المخزى تسدد مؤسسة الدولة المتعاقدة الأخرى ٥٠ ٪ من المنافع الدفعية بها فيها الجرايات المستحقة طبقا للفقرة (١١) لقاعدة المؤسسة التى تولت معرفتها و لا يعمل بهذا الاجراء اذا كانت مدة النشاط المقفلة فى الدولة المتعاقدة الأخرى التى قد تكون مصدر التطلب الرئوى أو الحربى المخزى اقل من ١٠ ٪ من فترة النشاط الجمالية المتسبية فى هذين المرضين فى البلدين المتعاقدين .

(٣) اذا اشترط لاسداد منافع المرض المهنى طبقا لتشريع دولية متعاقدة أن يقع اثبات المرض طبيا لأول مرة على ترابها فان هذا الشرط يعتبر متوفرا اذا وقع اثبات المرض لأول مرة على تراب الدولة المتعاقدة الأخرى .

الفصل الثالث عشر :

فى حالة تعكر مرض مهنى انتفع العامل من أجله أو بواصل الانتفاع بتعويض طبقا لتشريع دولة متعاقدة مع افتتاحه الحق فى الانتفاع بمنافع بعنوان مرض مهنى من نفس الطبيعة طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة الأخرى تطبق الأحكام التالية :

١) اذا لم يباشر العمل منذ أن انتفع بالمنافع عملا تحت ظل تشريع الدولة المتعاقدة الأخرى من شأنه أن يتسبب أو يعكر المرض المعتبر فان المؤسسة المختصة للدولة الأولى ملزمة بتحمل عبء المنافع باعتبار التعكر ، طبقا لاحكام التشريع الذى تطبيقه .

ب) اذا يباشر العامل منذ أن انتفع بالمنافع ، مثل هذا العمل تحت ظل تشريع الدولة المتعاقدة الأخرى ، فان المؤسسة المختصة فى الدولة الأولى ملزمة بتحمل عبء المنافع بدون اعتبار التعكر ، طبقا لتشريع الذى تطبيقه و تسد المؤسسة المختصة فى الدولة الثانية للعامل تكملة يساوى مقدارها الفارق بين مبلغ المنافع المستحقة بعد التعكر و المبلغ الذى قد تكون عليه المنافع قبل التعكر طبقا لاحكام التشريع الذى تطبيقه كما لو حدث المرض المعتبر تحت ظل تشريع هذه الدولة .

الباب الثالث

تأمين العجز و الشيخوخة و الوفاة

(الجرايات)

الفصل الرابع عشر :

لغرض اكتساب الحق في المنافع أو الحفاظ عليها أو استرجاعه حين يكون العامل قد خضع على التوالي أو التابع لتشريع الدولتين المتعاقبتين يتم تجميع فترات التأمين المقضاة طبقا لتشريع كل من الدولتين المتعاقبتين شريطة ألا تتعلق بنفس المدة .

و تسوى مسألة معرفة ما اذا كان يجب أخذ فترات التأمين بعين الاعتبار و الى أى حد ، طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة التي تتم قضاء هذه الفترات في ظل نظام تأمينها .

الفصل الخامس عشر:

(١) تحدد المنافع المستحقة للعامل الذي قضى فترات التأمين طبقا لتشريع الدولتين المتعاقبتين أو المخولة لأولى الحق منه ، كـمى يلى :

أ - تحدد المؤسسة المختصة كل في الدولتين المتعاقبتين على ضوء تشريعها ما اذا كانت تتوفر في المعنى بالامر الشروط المطلوبة لافتتاح الحق في الانتفاع بالمنافع المنصوص عليها بهذا التشريع باعتبار تجميع الفترات المشار اليها بالفصل ١٤ .

ب - اذا كان الحق مكتسبا تحدد المؤسسة المختصة المبلغ النظري للمنافع التي كان المعنى بالامر يستحقها لو قضيت كل فترات التأمين المجمعة طبقا للتشريع الذي تطبقه . و اذا لم يكن مبلغ المنافع مرتبطا بمدة فترات التأمين فان هذا المبلغ يعتبر مبلغا نظريا .

ج - تحدد المؤسسة المختصة على ضوء المبلغ المذكور المبلغ المستحق على أساس النسبة بين فترات التأمين المقضاة طبقاً للتشريع الذي تطبقه و مجموع فترات التأمين المقضاة بالبلدين المتعاقدين .

د - لا تعتمد قواعد الحساب الا باعتبار فترات التأمين المقضاة في ظل التشريع الوطنى الذى تطبقه المؤسسة المختصة

هـ - فى صورة تطبيق الفقرتين (ب) و (ج) تؤخذ فترات التأمين المتراكبة بعين الاعتبار كما لو لم تكن كذلك .

(٢) لا يكتسب أى حق فى المنافع طبقاً لتشريع دولة متعاقدة اذا لم تصل المدة الجملة لفترات التأمين طبقاً لتشريع هذه الدولة الى سنة . على أن هذا الشرط يعتبر لاغياً اذا كان هذا التشريع ينص على اكتساب الحق بعنوان الفترات التى تقل عن هذا الحد الأدنى .

(٣) تؤخذ الفترات المشار إليها بالجملة الاولى من الفقرة الثانية بعين الاعتبار من قبل المؤسسة المختصة للدولة المتعاقدة الاخرى فى اكتساب الحق فى المنافع والحفاظ عليه و استرجاعه و فى تحديد المبلغ المستحق كما لو كانت هذه الفترات مقضاة طبقاً للتشريع الذى تطبقه .

الفصل السادس عشر :

تطبق المؤسسات النمساوية المختصة الفصولين ١٤ و ١٥ حسب القواعد التالية :

(١) لا تؤخذ بعين الاعتبار فى تحديد مشمولات نظام معيّن و اختصاصه الا فترات التأمين النمساوية

(٨) اذا اشترط التشريع النمساوى لاسداء منافع التأمين علىـ الشيوخـة لعملـة المناجم أن يكون هؤلاء العملـة قد مارسوا فترات عملهم فعليـا لدى بعض المـوءسات المحددة طبقا لهذا التشريع ، لا تؤخذ بعين الاعتبار قصد تجميعها الا فترات التأمين التونسية الناجمة عن ممارسة نشاط مماثل لدى مـوءسة تونسية (٩) تستحق التسديدات الخاصة حسب نسبة جزء المنافع النمساوية و يطبق الفصل ١٩ بالفيـاس .

الفصل السابع عشر :

تطبق المـوءسات التونسية المختصة الفـصلين ١٤ و ١٥ حسب القواعد التالية :

- (١) فى صورة تطبيق الفصل ١٥ ، الفقرة (١) الفقرة الفرعية - أ - الجملة الاولى ، لا تؤخذ بعين الاعتبار فى الاحتساب مساهمات التأمين التكميلى
- (٢) فى صورة تطبيق الفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - اذا كانت المدة الجملة لفترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار و المقضاة بعنوان تشريع الدولتين المتعاقبتين تفوق المدة القصوى المنصوص عليها بالتشريع التونسى لتحديد مبلغ الترفيع تضبط المنافع الجزئية المستحقة بالنسبة الى جملة فترات التأمين المأخوذة بعين الاعتبار طبقا للتشريع التونسى و باعتبار الحد الاقصى لاشهر التأمين المذكور آنفا .
- (٣) يضاف عند اللزوم الى المبلغ المحدد طبقا للفصل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - مبلغ الزيادات الناجمة عن الاشتراكات المدفوعة بعنوان النظام التكميلى .

(10)

٤٤) إذا توفرت في الضموم الشروط المطلوبة لاستحقاق المنافع دون تطبيق احكام الفصل ١٤ ، تقوم المورثة التونسية المختصة بتحديد مبلغ المنافع على أساس فترات التأمين المغطاة طبقا للتشريع التونسي لحساب

الفصل الثامن عشر :

(١) اذا لم تتوفر في المعنى بالامر في وقت معين ، الشروط المطلوبة طبقا لتشريعات الدولتين المتعاقدتين معا ولكن توفرت فيه شروط احدهما فقط بدون أن يكون من اللازم اللجوء الى فترات التأمين المقننة في ظل تشريع الدولة المتعاقدة الاخرى ، يفيط مطلب دفع المبالغ طبقا لتشريع الذي افتتح بمقتضاه الحق فحسب و باعتبار الفترات المقننة في ظل هذا التشريع دون سواها .

(٢) طبقا للمفصل ١٥ تنب مراجعة المنافع التي تمت تصفيتها طبقا لمقتضيات الفقرة (١) في صورة اقتناع حق جديد في منافع .

حسب تشريع الدولة المتعاقدة الأخرى على أن يسرى مفعول هذه المراجعة المراجعة ابتداء من تاريخ الانتفاع بها حسب تشريع هذه الدولة و لا تنس ملوجية المقتضيات السابقة بحال من الأحوال المطابع النهائية لهذه المراجعة .

الفصل التاسع عشر :

إذا كان للموومن الحق في منافع طبقا لتشريع دولة متعاقدة حتى دون اعتبار العمل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - أ - و إذا كان مبلغ هذه المنافع يفرق مجموع المنافع المحتسبة طبقا للعمل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - فإن الحراية النسبية المستحقة من قبل الموومسة المختصة للدولة المتعاقدة تتكون من المنافع النسبية المخصصة طبقا لتشريعها ، تعاف بها تكلة تساوى الدارق بين جملة المنافع المحددة طبق العمل ١٥ الفقرة (١) الفقرة الفرعية - ج - والمنافع التي تكون مستحقة لو تـ تطبيق تشريع هذه الدولـة المتعاقدة فحسب .

الباب الرابع المنح العائلية

الفصل العشرون:

- (١) العمال الذين يمارسون نشاطا مهنيا موعرا في دولــــة متعاقدة ينتفعون بالمنح العائلية حسب تشريع هذه الدولــــة بالنسبة أيضا لابنائهم المقيمين على تراب الدولة المتعاقدة الاخرى .
- (٢) لاكتساب الحق في الانتفاع بالمنح العائلية يعتبر الاجراء كما لو كانوا مقيمين فقط بالدولة المتعاقدة التي يمارسون علىــــى ترابها نشاطهم المهني .
- (٣) لا يحتفظ باكتساب الحق في المنح العائلية النمساويــــة لما بعد ١٦ سنة من العمر بالنسبة للاطفال المقيمين في تونس الا اذا كانوا يواصلون تكويننا مدرسيا .

الفصل الواحد والعشرون:

- (١) حددت المنح العائلية المسندة طبقا للتشريع النمساوي التي الاطفال المقيمين باستمرار بتونس بـ ٨١٨ شلنغ نمساوي شهريا عن كل طفل . و يتم الترفيع أو التخفيض في هذا المبلغ حسب نفس نسب المنح العائلية المسندة لطفل مقيم بالنمسا بعد غرة جانفي ١٩٨٧ .
- (٢) بالنسبة للاطفال البالغين ١٠ سنوات من العمر و المقيمين باستمرار بتونس ترفع المنحة العائلية بـ ١٢٠ شلنغ نمساوي شهريا بداية من تاريخ دخول السنة المدنية التي يكون فيها الطفل قد بلغ خلالها ١٠ سنوات ، و يرفع هذا المبلغ أو يخفض حسب النسبة المطبقة في النمسا بداية من غرة جانفي ١٩٨٦ ، علىــــى الزيادة أو التخفيض في تكمة المنحة العائلية بالنسبة للطفل البالغ ١٠ سنوات من العمر .

الفصل الثاني والعشرون:

(١) اذا اشترط تشريع دولة متعاقدة قضاء فترات تربص لاكتساب الحق في المنح العائلية فان الفترات المماثلة المقضاة بالدولة المتعاقدة الاخرى تؤخذ بعين الاعتبار .

(٢) لاكتساب الحق في المنح العائلية يعتبر الاجراء الذين يتقاضون منافع نقدية طبقا لتشريع التأمين على المرض أو التأمين ضد البطالة الجاري به العمل في الدولة المتعاقدة كما لو كانوا مشغولين بالدولة التي ينظم تشريعها نظام صرف المنافع النقدية المسندة لهم .

الفصل الثالث والعشرون:

طبقا لهذه الاتفاقية اذا توفرت في العامل تباعا شروط اكتساب الحق في المنح العائلية بعنوان تشريعات البلدين المتعاقدين خلال شهر من الرزنامة فان هذه المنح لا تسند بعنوان الشهر المذكور الا من قبل الدولة المتعاقدة التي كان تشريعها منطبقا مع بداية الشهر .

الفصل الرابع والعشرون:

اذا توفرت في طفل شروط اكتساب الحق في المنح العائلية في بلد من البلدان وذلك طبقا لاحكام هذه الاتفاقية وتشريعات البلدين المتعاقدين فلا تسند هذه المنح الا حسب تشريع الدولة المتعاقدة التي يقيم بها الطفل المعنى بالامسار باستمرار .

الفصل الخامس والعشرون:

لتطبيق هذا الباب يعتبر أطفالا الاشخاص المنتفعون بمسح عائليته طبقا للتشريع الجاري به العمل .

العنوان الرابع : أحكام مختلفة

الفصل السادس والعشرون:

(١) تخطي السلطات المختصة بشئونة الترتيب الإداري اللازمة لتطبيق هذه الاتفاقية ، و يمكن إبراء هذه المسؤولية قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التنفيذ غير أنها لا يمكن أن تدخل حيز التنفيذ قبل تاريخ بدء العمل بهذه الاتفاقية

(٢) تقوم السلطات المختصة للدولتين المتعاقدتين بـ

(أ) تبادل جميع المعلومات المتعلقة بالتدابير المتخذة لتطبيق

هذه الاتفاقية

ب (تبادل جميع المعلومات المتعلقة بالتخويرات التي تدخل على شريعها و التي من شأنها أن تمس بتطبيق هذه الاتفاقية

(٣) تبادل السلطات و المؤسسات المكلفة بتنفيذ هذه الاتفاقية يد المساعدة و تعرف كما لو كان الأمر يتعلق بتطبيق تشريعها الخاص ويكون هذا التعاون الإداري بدون مقسبب ل

(٤) لتطبيق هذه الاتفاقية يمكن لمؤسسات الدولتين المتعاقدتين أن تعمل فيما بينها مباشرة أو مع الأشخاص الممنين بالأمر أو وكلاءهم

(٥) لا يمكن لسلطات أو مؤسسات إحدى الدولتين المتعاقدتين أن ترفض المطالب أو الوثائق الأخرى التي توجه لها بدوى أنها كتبت باللغة الرسمية للدولة المتعاقدة الأخرى •

(٦) تجري الاختبارات الطبية التي يقع القيام بها طبقا لتشريع دولة متعاقدة على اشخاص مقيمين بمدة دائمة أو مؤقتة على تراب الدولة المتعاقدة الأخرى بطلب من المصالح المختصة ، على حسابها من طرف المؤسسة المختصة بكان الإقامة الدائمة أو المؤقتة •

(٧) في مادة الامانة المدنية تطبيق مقتضيات القوانين المساه

الفصل السابع والعشرون:

سعى الى تسهيل تطبيق هذه الاتفاقية و خاصة بغرض اقامة علاقات
مبسطة و سريعة بين المؤسسات المختصة المتدخلة من الجانبين
تتولى السلط المختصة احداث هياكل اتصال .

الفصل الثامن والعشرون :

(١) يسحب الانتفاع بالاعفاءات و التخفيضات فى الاداءات و التنازير
و معاليم كتابة المحكمة أو التسجيل المنصوص عليها بتشريع
احدى الدولتين المتعاقبتين للاوراق أو الوثائق التى ينبغى تقديمها
طبقا لتشريعها ، على الاوراق و الوثائق المماثلة التى ينبغى تقديمها
طبقا لمقتضيات هذه لاتفاقية أو لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى
(٢) جميع الرسوم و الوثائق و الاوراق المختلفة التى ينبغى تقديمها
تطبقا لهذه الاتفاقية ، تعفى من التعريف بالامضاء .

الفصل التاسع والعشرون :

(١) يجب أن تعتبر المطالب أو الاعلامات أو الدعاوى المقدمة طبقا
لهذه الاتفاقية أو لتشريع دولة متعاقدة لدى سلطة أو مؤسسة
أو هيكل آخر مختص لهذه الدولة كمطالب أو اعلامات أو دعاوى
مقدمة لدى سلطة أو مؤسسة أو هيكل آخر مختص تابعا للدولة
المتعاقدة الاخرى .

(٢) ان تقديم مطلب فى المنافع طبقا لتشريع احدى الدولتين
المتعاقبتين يوازى أيضا تقديم مطلب فى المنافع المناسبة طبقا
لتشريع الدولة المتعاقدة الاخرى المأخوذة بعين الاعتبار وفق هذه
الاتفاقية . و لانتطبق هذه الاحكام اذا طلب المنتفع صراحة ارجاء
تصفية جرایة الشخوذة الراجعة له طبقا لتشريع الدولة المتعاقدة

(٣) تقبل المطالب أو الاعلامات أو الدعاوى التى كان ينبغى تقديمها
طبقا لتشريع احدى الدولتين المتعاقبتين لسلطة أو مؤسسة أو هيكل
آخر مختص تابعة لهذه الدولة فى أجل معين ، تقبل اذا ما وقع
تقديمها الى سلطة أو مؤسسة أو هيكل آخر مختص تابعة للدولة
المتعاقدة الاخرى فى نفس الاجل .

٤) في الحالات المنصوص عليها بالفقرات من (١) الى (٣) فان السلطة و المؤسسة أو الهيكل الذي تم اشعاره بحمل بدون تأخير هذه المطالبات و التصاريح أو الطعون الى السلطة أو المؤسسة أو الهيكل المختص للدولة المتعاقدة الاخرى أما مباشرة و اما بواسطة السلطة المختصة للدولتين المتعاقدتين .

الفصل الثلاثون:

- ١) تسدد الهياكل المختصلا المنافع المستحقة طبقا لهذه الاتفاقية بعملتها الوطنية و يتم التحويل بقيمة العملة الجارى بها العمل عند تاريخ التحويل .
- ٢) تضبط مبالغ الاسترجاع المنصوص عليها بهذه الاتفاقية بعملة الدولة المتعاقدة للمؤسسة المختصة التي اسدت المنافع .
- ٣) يقع تحويل المبالغ الناتجة عن تطبيق هذه الاتفاقية طبقا للاجراءات المنصوص عليها بالتشريع الجارى به العمل في هذا الميدان في كل من الدولتين المتعاقدتين عند تاريخ التحويل .

الفصل الواحد و الثلاثون :

بالنسبة للاحكام القابلة للتنفيذ الصادرة عن السلط القضائية و كذلك الرسوم ذات الصبغة الرسمية القابلة للتنفيذ من قبل السلط و المؤسسات المختصة لدولة متعاقدة في مادة الضمان الاجتماعي حسب الفصل ٢ فان الاتفاقية الموقعة بتاريخ ٢٣ جوان ١٩٧٧ بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية و المتعلقة بالاعتراف و تنفيذ الاجكام العدلية و الرسوم ذات الصبغة الرسمية في المادة المدنية و التجارية ، تطبق بالقياس .

الفصل الثاني و الثلاثون :

يمكن ان تحجز التسيقات المدفوعة من قبل مؤسسة مختصة لدولة متعاقدة من المتأخرات التي يذمة مؤسسة الدولة المتعاقدة الاخرى بعنوان منفعة مماثلة اذا دفعت مؤسسة دولة متعاقدة مبلغا يفوق المبلغ الذي يستحقه المعنى بالامر و اذا كانت مؤسسة الدولة المتعاقدة

1182 der Beilagen

31

(٢١)

الأخرى مطالبة فيما بعد بتسديد منفعة، مطالبة تتعلق بنفس الفترة ،
فإن المبلغ الذي دفع زائداً من قبل الدولة المتعاقدة الأولى
ينبغي اعتباره تسبقة على معنى الجبلة الأولى وذلك فى
حدود مبالغ المتأخرات المحولة على الدولة الثانية .

(٢) إذا تم تسديد منفعة من الرأية الاختصاصية أو منفعة
وقتية للتأمين ضد البطالة لعائدة منتفع فى دولة متعاقدة
خلال فترة يكسب فيها المعنى بالفر الحق فى منافع يقدية
فإن المؤسسة المختصة أو الهيكل المسدد يتولى حجز متأخرات
منفعة بعنوان نفس الفترة وذلك بطلب من الهيكل الممنوع
ولحسابه ، فى حدود المنفعة التى وقّع مرفها .

(٣) يفتح الجيز المنعوص عليه فى الفقرتين (١) و (٢) طبقاً
لمقتضيات تشريع الدولة المتعاقدة المنطبق على المؤسسة المختصة التى
تقوم بهذا الجيز .

: الفصل الثالث و الثلاثون

إذا كان لشخص يستحق منافع طبقاً لتشريع دولة متعاقدة
نتيجة ضرر حمل له على شراب البلد المتعاقد الآخر ، الحق
فى مطالبة العير بتعويض هذا الضرر طبقاً لتشريع هذا البلد
الأخير فإن المؤسسة المختصة للبلد الأول تحل محله فى المطالبة
بالتعويض حسب التشريع الذى تطيقه .

: الفصل الرابع و الثلاثون

(١) يقع حل الخلافات المتعلقة بشرح أو تطبيق هذه الاتفاقية
بالطرق الدبلوماسية و بطلب من دولة متعاقدة و فى مرحلة
ثانية يمكن عرض الخلاف أمام لجنة مشتركة تتكون من ممثلين
متساو من ممثلى السلطة المختصة للدولتين المتعاقدين و يمكن
أن يقدم كل وفد خبيراً .

(٢٢)

٢) اذا لم تتسن تسوية خلاف بهذه الطريقة و يطلب من دولـــــــة متفادفة يفتح عوفسه على لجنة تحكيم تتركب على النحو التالي:

أ - تعين كل من الدولتين المتفادفتين حكما في ظرف شهر من تاريخ استلام طلب التحكيم و يختار الحكمان المعينان في ظرف شهرين من اعلام الدولة المتفادفة الاخيرة التي عينت حكمها ، حكما ثالثا من بلد آخر .

ب - في صورة ما لم تعين احدي الدولتين المتفادفتين حكما في الاجل المحدد فانه بامكان الدولة الاخرى ان تطلب من رئيس محكمة العدل الدولية تعيينه . و يعمل بنفس هذه القاعدة اذا لم يحصل بين الحكامين اتفاق بخصوص اختيار الحكم الاجنبى .

ج - غير انه في صورة ما اذا كان رئيس محكمة العدل الدولية مواطنا من احدى الدولتين المتفادفتين فان الوظائف المخولة له طبقا لهذا الفصل توكل حسب الترتيب التفاضلى الى نائب رئيس المحكمة او الى او عفو بالمحكمة لا يكون فى هذه الوضعية .

٣) تقرر لجنة التحكيم باظلية الاموات و قراراتها طرزة للدولتين المتفادفتين . تتكفل كل من الدولتين المتفادفتين بمصاريف الحكم الذى تعيينه و توزع بقية المصاريف متافعة بين الدولتين المتفادفتين و تشيط لجنة التحكيم بنفسها اجراءاتها .

المنوان الخامس : أحكام انتقالية و نهائية
=====

الفصل الخامس و الثلاثون :

١) لا تخول هذه الاتفاقية أى حق في دفع المنافع بالنسبة لفترة سابقة لتاريخ دخولها حيز التطبيق

٢) كل فترة تأمين تم تفاورها في ظل تشريع دولة متفادفة قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق توخذ بعين الاعتبار لسيط الحقوق في المنافع المخولة طبقا لاحكام هذه الاتفاقية .

(٣) دون اخلال بمقتضيات الفقرة (١) فان هذه الاتفاقية تنطبق أيضا على حالات التأمين الواقعة قبل دخولها حيز التطبيق و ذلك طالما لم تنوع الحقوق التي تمت تصفيتها الى اسناد رأس مال

و في هذه الحالات تسوى طبقا لاحكام هذه الاتفاقية

- أ - المنافع المستحقة طبقا لهذه الاتفاقية فحسب و ذلك بطلب من المعنى بالامر و انطلاقا من تاريخ دخول الاتفاقية حيز التطبيق
- ب - المنافع المسداة قبل دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق بطلب من المعنى بالامر

اذا وقع تقديم مطلب الضبط أو المراجعة في ظرف سنتين من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق تسند المنافع ابتداء من تاريخ العمل بهذه الاتفاقية و الا فبتأدية من التاريخ المحدد طبقا لتشريع كل من الدولتين المتعاقبتين.

(٤) أما عن الحقوق المنجزة عن تطبيق الفقرة (٣) فان المقتضيات المنصوص عليها بتشريعات كل من الدولتين المتعاقبتين فيما يتعلق بافتقار الحق أو سقوطه بمرور الزمن لا يمكن أن تتم مواجهة المعنيين بالامر بها ، اذا تم تقديم المطلب المشار اليه بالفقرة (٣) في ظرف سنتين من تاريخ دخول هذه الاتفاقية حيز التطبيق .

و اذا تم تقديم المطلب بعد فوات هذا الاجل فان الحق في المنافع الذي لم يشمل الغاء أو سقوط بمرور الزمن يكتسب ابتداء من تاريخ المطلب الا اذا نص تشريع دولة متعاقدة على مقتضيات أفضل

(٥) ينطبق الفصل ٣٢ الفقرة (١) بالقياس على الحالات المشار اليها بالفقرة (٣) الفقرة الفرعية - ب -

الفصل السادس والثلاثون :

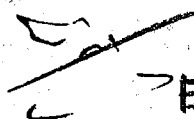
الحقوق المخولة طبقا للتشريع النمساوى لشخص أصيب بضرب
فى مادة الضمان الاجتماعى لأسباب سياسية أو دينية أو عرقية
لا تشملها هذه الاتفاقية .

الفصل السابع والثلاثون :

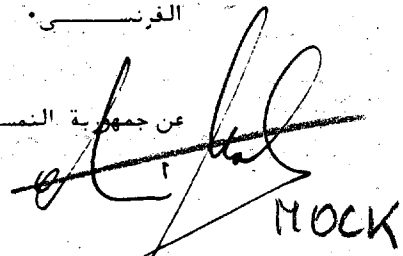
- (١) تتم المصادقة على هذه الاتفاقية و يقع تبادل وثائق
التصديق عليها فى أقرب الآجال بيننا
- (٢) تدخل هذه الاتفاقية حيز التطبيق فى اليوم الاول من الشهر
الثالث الموالى للشهر الذى يقع خلاله تبادل وثائق التصديق
- (٣) أبرمت هذه الاتفاقية لمدة غير محدودة و يمكن لكل من
الدولتين المتعاقدين نقضها بالطرق الدبلوماسية بعد انقضاء
سنة مدنية على أن يقع الاعلاء المسبق بذلك قبل ثلاثة اشهر
- (٤) فى صورة النقص تبقى مقتضيات هذه الاتفاقية
سارية المفعول على الحقوق المكتسبة ، بصرف النظر عن الأحكام
التقيدية التى قد تقتضيها النظم المعنية فى صورة اقامة متمتع بالخارج
بموجب هذا . أمضى المندوبان المفوضان للطرفين هذه الاتفاقية
و وضعها بهما خاتمتهم .

حررت هذه الاتفاقية فى تونس بتاريخ ١٤ ديسمبر ١٩٨٩
فى نسختين أصليتين باللغات العربية و الألمانية و الفرنسية و للنصوص
الثلاثة قوة الزامية متساوية وعند الاختلاف فى التفسير يعتمد النص
الفرنسى .

عن الجمهورية التونسية

 ESCHÉIKH

عن جمهورية النمسا

 MOCK

بروتوكول نهائى

لاتفاقية الضمان الاجتماعى

بين

جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية

عند توقيع الاتفاقية المتعلقة بالضمان الاجتماعى المبرمة
بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية ، اتفق مفوضا
الدولتين المتعاقدين على الاحكام التالية :

I (بخصوص الفصل ٤ من الاتفاقية) :

لا تنس هذه الاحكام :

- أ - بقواعد توزيع الاعداء فى مادة التأمين المنصوص عليها
باتفاقيات الدولتين المتعاقدين مع دول أخرى
- ب - بتشريعات الدولتين المتعاقدين المتعلقة بتأمين الاشخاص
المستخدمين لدى هيئة رسمية لاحدى الدولتين المتعاقدين ببلد
آخر ، أو أعضاء هذه الهيئات
- ج - بمقتضيات التشريع النمساوى المتعلق بالاختد بعين الاعتبار
لفترات الخدمة العسكرية اثناء الحرب و الفترات المشابهة لها
- د - بمقتضيات التشريع النمساوى المتعلق بتمثيل المضمونين
و الموءجرين لدى هياكل الموءسات و الجامعات و كذلك لدى
المحاكم فى مادة الضمان الاجتماعى .

II) بخصوص الفصل ٥ من الاتفاقية

طبقا للتشريع المساوى فان هذه مقتضيات لا تطبق على:

أ - المنحة التعويضية

ب - اجراء المنافع المتساوية المستحقة بمواطنيها

١) فترات التأمين المعقاة طبقا للقانون العيرالى المـوـعـوـخ
ففى ٢٢ نوفمبر ١٩٦١ المتعلق بالحقوق فى المنافع أو الحقوق
المحتلة فى مادة التأمين على الشيخوخة اثر ممارسة نشاط
مؤجـسـر خـارج النمسا أو

٢) فترات النشاط المستقلة المعقاة خارج النمسا وفى
تـتـراب المملكة النمساوية الجـمـهـورية

III) بخصوص الفصل ١١ من الاتفاقية

فى الحالات المشار اليها بالفعل ٩ بالفقرة ٢) يحمل تحديد المنافع
الممنوحة لأولى الحق فى التأمين على الشيخوخة النمساوى على
مساهمات التأمين على المرض المدفوعة من قبل المتفعين بحرية الى:
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

IV) بخصوص الفصول من ٢٠ الى ٢٢ من الاتفاقية

أ - لا يتوفر الحق فى المنح المعاملة الا اذا كان الشفيع سـل
غير مخالف للمقتضيات الجارى بها العمل فى مادة تشغيل العمالة
الاجانب

ب - لا يتوفر الحق فى المنح المعاملة طبقا للتشريع المساوى
الا اذا كان الاشتغال بالنمسا يمتد على فترة ادائها شـهـر
من الرزامة الجميلة .
لا تنطبق مقتضيات الفصل ٢٢ ، الفقرة (١) المتعلقة بالتجميع فيما
يتعلق بفترة التـرـمـص هـذه .

(٣)

ج - لا يتوفر الحق في الانتفاع بالزيادة في المنحة العائلية المستدة طبقا للتشريع النمساوي الى الاطفال المعاقين ، الا اذا كان هؤلاء الاطفال مقيمين بصفة دائمة بالنمسا .

ان هذا البروتوكول النهائى جزء من اتفاقية الضمان الاجتماعى بين جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية و يدخل حيز التنفيذ فى نفس تاريخ دخول الاتفاقية حيز التطبيق و يبقى سارى المفعول طوال سريان هذه الاخيرة .

بموجب هذا أمضى المندوبان المفوضان للطرفين هذا البروتوكول النهائى و وضعاه به خاتميهما .

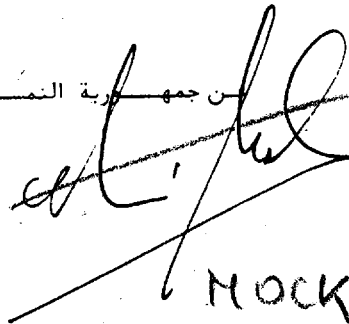
حرر هذا البروتوكول فى تونس بتاريخ ١٤ ديسمبر ١٩٨٩ فى نسختين أصليتين باللغات العربية و الالمانية و الفرنسية و للنصوص الثلاثة قوة الزامية متساوية و عند الاختلاف فى التفسير يعتمد النص الفرنسى .

عن الجمهورية التونسية



ESCHÉIKH

عن جمهورية النمسا



MOCK

CONVENTION

ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET
LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA
SÉCURITÉ SOCIALE

Le Président Fédéral de la République d'Autriche
et

Le Président de la République Tunisienne

animés du désir de régler les rapports réciproques
entre les deux Etats dans le domaine de la sécurité
sociale, ont résolu de conclure une Convention et, à
cet effet, ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

Le Président Fédéral de la République d'Autriche,
Dr. Alois Mock, Ministre Fédéral des Affaires
Etrangères et le Président de la République
Tunisienne, Monsieur Abdelhamid Escheikh, Mi-
nistre des Affaires Etrangères lesquels, après avoir
échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et
due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

TITRE I^{er}

DISPOSITIONS GENERALES

Article 1^{er}

- (1) Pour l'application de la présente Convention
 1. le terme « Autriche » désigne
la République d'Autriche,
le terme « Tunisie » désigne
la République Tunisienne;
 2. le terme « territoire » désigne
pour l'Autriche
son territoire fédéral,
pour la Tunisie
le territoire de la République Tunisienne;
 3. le terme « ressortissant » désigne
pour l'Autriche
ses nationaux,
pour la Tunisie
ses nationaux selon la loi tunisienne en
cette matière;
 4. le terme « législation » signifie les lois,
règlements et dispositions statutaires qui se
réfèrent aux branches de la sécurité sociale
visées au paragraphe (1) de l'article 2;
 5. le terme « autorité compétente » désigne
en ce qui concerne l'Autriche
les Ministres fédéraux chargés de l'applica-
tion des législations visées au numéro 1 du
paragraphe (1) de l'article 2,
en ce qui concerne la Tunisie
le Ministre des Affaires Sociales;
 6. le terme « institution » désigne les organismes
ou l'autorité auxquels incombe l'application,
en tout ou en partie, des législations visées au
paragraphe (1) de l'article 2;

7. le terme « institution compétente » désigne
l'institution à laquelle l'assuré est affilié au
moment de la demande de prestations ou de
la part de laquelle il a droit à prestations ou
aurait droit à prestations s'il résidait sur le
territoire de l'Etat contractant où se trouve
cette institution;

8. le terme « membre de famille » désigne un
membre de famille d'après la législation en
vigueur dans l'Etat contractant où se trouve
le siège de l'institution à la charge de laquelle
les prestations sont accordées;

9. les termes « prestations en espèces, rentes ou
pensions » désignent une prestation en
espèces, rente ou pension, y compris tous les
éléments à charge des fonds publics, les
majorations de revalorisation, allocations
supplémentaires ainsi que les prestations en
capital et les versements effectués à titre de
remboursement des cotisations;

10. le terme « allocations familiales » désigne
pour l'Autriche
les allocations familiales,
pour la Tunisie
les allocations familiales.

(2) Pour l'application de la présente Convention,
tous les autres termes ont la signification qui leur est
attribuée dans les législations respectives.

Article 2

(1) La présente Convention s'applique aux
législations concernant

1. en Autriche:
 - a) l'assurance-maladie,
 - b) l'assurance-accidents,
 - c) l'assurance-pension,
 - d) les allocations familiales;
2. en Tunisie:
 - a) l'assurance-maladie, maternité et décès,
 - b) l'assurance-accidents du travail et maladies
professionnelles,
 - c) l'assurance-pension,
 - d) les allocations familiales.

(2) La présente Convention ne s'applique ni aux
législations concernant une nouvelle branche de la
sécurité sociale, ni aux systèmes d'indemnisation en
faveur des victimes de guerre et de ses
conséquences; elle ne s'applique pas non plus

en ce qui concerne l'Autriche

à la législation sur l'assurance des notaires,

en ce qui concerne la Tunisie

à la législation concernant les agents relevant du
secteur public.

(3) Les dispositions légales résultant des accords
internationaux conclus avec les Etats tiers ou qui
servent à leur exécution, pour autant qu'elles ne
contiennent pas de règles de répartition des charges

en matière d'assurance, n'entrent pas en considération dans les rapports entre les Etats contractants.

Article 3

(1) A moins qu'il n'en soit disposé autrement, la présente Convention est applicable aux ressortissants des Etats contractants ainsi qu'aux membres de leur famille et à d'autres personnes en ce qui concerne les droits dérivés des droits d'un ressortissant de l'un des Etats contractants.

(2) La présente convention ne s'applique ni aux agents diplomatiques ou consuls professionnels, ni au personnel administratif et technique des représentations diplomatiques et consulaires professionnelles des Etats contractants, ni aux membres de personnel de service de ces représentations, ni aux domestiques privés engagés exclusivement chez ces agents diplomatiques, consuls professionnels et membres de représentations dirigées par les consuls professionnels. La situation juridique de ces personnels est régie par les dispositions de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 ou de la Convention de Vienne sur les relations consulaires du 24 avril 1963.

Article 4

A moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les ressortissants de chacun des deux Etats contractants sont assimilés aux ressortissants de l'autre Etat contractant pour l'application de la législation de celui-ci.

Article 5

A moins qu'il n'en soit autrement disposé par la présente Convention, les prestations en espèces d'invalidité, de vieillesse ou de survivants, les rentes d'accident du travail ou de maladie professionnelle et les allocations au décès acquises au titre de la législation d'un Etat contractant ne peuvent subir aucune réduction, ni modification, ni suspension, ni suppression, ni confiscation du fait que le bénéficiaire séjourne ou réside sur le territoire de l'autre Etat contractant.

TITRE II

DISPOSITIONS DÉTERMINANT LA LÉGISLATION APPLICABLE

Article 6

Sous réserve des dispositions de l'article 7, l'obligation d'assurance est déterminée selon la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'activité professionnelle est exercée. En cas de l'exercice d'une activité professionnelle salariée,

cette règle vaut également si le siège de l'employeur se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 7

(1) Le travailleur occupé par une entreprise ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant et qui est détaché sur le territoire de l'autre Etat contractant reste soumis à la législation du premier Etat contractant pendant les 24 premiers mois de calendrier de son occupation.

(2) Le travailleur qui est occupé par une entreprise d'aviation ayant son siège sur le territoire d'un Etat contractant et qui est détaché de ce territoire sur le territoire de l'autre Etat contractant reste soumis à la législation du premier Etat contractant.

(3) L'équipage d'un bâtiment maritime ainsi que d'autres personnes qui sont occupées d'une façon permanente sur un tel bâtiment, sont soumis à la législation de l'Etat contractant dont le bâtiment en question bat pavillon.

(4) Les personnes occupées par des services administratifs publics détachés du territoire d'un Etat contractant sur le territoire de l'autre Etat contractant, et le personnel qui selon la législation applicable leur est assimilé sont soumis à la législation de l'Etat contractant qui les occupe.

Article 8

(1) Sur demande commune du travailleur salarié et de son employeur, les autorités compétentes des deux Etats contractants, en considération de la nature et des conditions de l'emploi, pourront convenir d'admettre l'exemption des dispositions des articles 6 et 7.

(2) Lorsque d'après le paragraphe (1) un travailleur salarié est soumis à la législation d'un des Etats contractants tout en exerçant son activité salariée sur le territoire de l'autre Etat contractant, la législation est applicable comme si l'intéressé exerçait cette activité sur le territoire du premier Etat contractant.

TITRE III

DISPOSITIONS PARTICULIERES

Chapitre 1^{er}

Maladie et Maternité

Article 9

(1) Lorsque le titulaire de pensions dues en vertu de la législation des deux Etats contractants, réside sur le territoire d'un Etat contractant, les prestations en nature lui sont servies, ainsi qu'aux membres de sa famille, par l'institution du lieu de sa résidence,

comme s'il était titulaire d'une pension due en vertu de la seule législation de l'Etat contractant de résidence. Lesdites prestations sont à la charge de l'institution de l'Etat contractant de résidence.

(2) Lorsque le titulaire d'une pension due en vertu de la législation d'un seul des Etats contractants réside sur le territoire de l'autre Etat contractant, les prestations en nature sont servies à lui-même et aux membres de sa famille par l'institution du lieu de sa résidence comme s'il était titulaire d'une pension due en vertu de la législation de l'Etat contractant de sa résidence. Ces prestations sont à la charge de l'institution compétente de l'Etat contractant dans lequel l'institution débitrice de la pension a son siège.

Article 10

Les prestations en nature prévues par le paragraphe (2) de l'article 9 sont servies

En Autriche

par la « Gebietskrankenkasse » compétente respectivement pour le lieu de résidence de la personne intéressée,

En Tunisie

par la Caisse Nationale de Sécurité Sociale.

Article 11

(1) En ce qui concerne les prestations en nature servies dans les cas visés au paragraphe (2) de l'article 9, l'institution compétente est tenue de rembourser le montant desdites prestations.

(2) Après consultation des institutions intéressées les autorités compétentes peuvent convenir dans un souci de simplification administrative que les remboursements sur facture sont remplacés par des remboursements forfaitaires.

Chapitre 2

Maladies Professionnelles

Article 12

(1) Les prestations en cas de maladie professionnelle susceptible d'être réparée en vertu de la législation des deux Etats contractants ne sont accordées qu'au titre de la législation de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'emploi susceptible de provoquer une maladie professionnelle de cette nature a été exercé en dernier lieu, et sous réserve que l'intéressé remplisse les conditions prévues par cette législation.

(2) Dans les cas de la silicose et de l'asbestose les prestations en espèces, y compris les rentes, à verser conformément au paragraphe (1), sont remboursées à 50 % par l'institution de l'autre Etat contractant à

l'institution qui les a servies. Ceci ne vaut pas si la période d'activité accomplie dans l'autre Etat contractant susceptible de provoquer la silicose ou l'asbestose n'atteint pas 10 % de la période d'activité totale susceptible de provoquer la silicose ou l'asbestose dans les deux Etats contractants.

(3) Si la législation d'un Etat contractant subordonne le bénéfice des prestations de maladie professionnelle à la condition que la maladie ait été constatée médicalement pour la première fois sur le territoire de cet Etat contractant, cette condition est réputée remplie lorsque ladite maladie a été constatée pour la première fois sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 13

Lorsque, en cas d'aggravation d'une maladie professionnelle, une personne qui a bénéficié ou qui bénéficie d'une réparation pour une maladie professionnelle en vertu de la législation d'un Etat contractant fait valoir, pour une maladie professionnelle de même nature, des droits à prestations, en vertu de la législation de l'autre Etat contractant, les règles suivantes sont applicables:

- a) Si la personne n'a pas exercé sur le territoire de ce dernier Etat contractant un emploi susceptible de provoquer la maladie professionnelle ou de l'aggraver, l'institution compétente du premier Etat contractant reste tenue de prendre à sa charge les prestations en vertu de sa propre législation, compte-tenu de l'aggravation.
- b) Si la personne a exercé sur le territoire de ce dernier Etat contractant un tel emploi, l'institution compétente du premier Etat contractant reste tenue de servir les prestations en vertu de sa propre législation, compte non tenu de l'aggravation; l'institution compétente de l'autre Etat contractant octroie à la personne une prestation dont le montant est déterminé selon la législation de ce second Etat contractant et qui est égal à la différence entre le montant de la prestation due après l'aggravation et le montant qui aurait été dû si la maladie, avant l'aggravation, s'était déclarée sur son territoire.

Chapitre 3

Vieillesse, Invalidité et Décès

(Pensions)

Article 14

En vue de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit aux prestations, lorsqu'une personne a été soumise successivement ou alternativement à la législation des deux Etats contractants, les périodes d'assurance accomplies en vertu de la

législation de chacun des deux Etats contractants sont totalisées pour autant qu'elles ne se superposent pas. La question de savoir si et dans quelle mesure il faut tenir compte des périodes d'assurance est réglée conformément à la législation de l'Etat contractant sous le régime d'assurance duquel ces périodes ont été accomplies.

Article 15

(1) Les prestations auxquelles une personne ayant accompli les périodes d'assurance en vertu des législations des deux Etats contractants, ou les survivants de celle-ci peuvent prétendre, sont liquidées de la manière suivante:

- a) L'institution de chacun des deux Etats contractants détermine, d'après sa propre législation, si l'intéressé réunit les conditions requises pour avoir droit aux prestations prévues par cette législation, compte tenu de la totalisation des périodes visée à l'article 14.
- b) Si le droit est acquis, ladite institution détermine pour ordre le montant théorique de la prestation à laquelle l'intéressé aurait droit si toutes les périodes d'assurances à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants, avaient été prises en considération exclusivement sous sa propre législation. Si le montant de la prestation ne dépend pas de la durée des périodes d'assurance, ce montant est considéré comme montant théorique.
- c) Sur la base dudit montant, l'institution fixe le montant dû au prorata de la durée des périodes prises en considération sous ladite législation par rapport à la durée totale des périodes accomplies sous les législations des deux Etats contractants.
- d) Les bases de calcul ne sont établies que compte tenu des périodes d'assurance accomplies sous la législation nationale que l'institution applique.
- e) En cas d'application des alinéas b) et c) les périodes d'assurance qui se superposent sont à prendre en considération comme si elles ne se superposaient pas.

(2) Si les périodes d'assurance accomplies en vertu de la législation de l'un des Etats contractants n'atteignent pas dans leur ensemble douze mois, aucune prestation n'est accordée en vertu de ladite législation. Cette disposition devient sans objet si cette législation prévoit qu'un droit est acquis en vertu des périodes inférieures à cette période minimum.

(3) Les périodes visées au paragraphe (2) première phrase seront prises en compte par l'institution de l'autre Etat contractant, pour l'acquisition, le maintien et le recouvrement d'un droit à prestation et pour la détermination du

montant dû comme s'il s'agissait de périodes accomplies d'après sa propre législation.

Article 16

Les institutions autrichiennes appliquent les articles 14 et 15 d'après les règles suivantes:

1. Pour déterminer l'attribution à un régime et la compétence de ce régime, seules sont prises en considération les périodes d'assurance autrichienne.

2. Les dispositions des articles 14 et 15 ne sont pas applicables à la prime de fidélité des mineurs due au titre de l'assurance-pension autrichienne des mineurs.

3. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa a), sont considérées comme périodes neutres également les périodes pendant lesquelles l'assuré avait droit à une pension de vieillesse ou d'invalidité d'après la législation tunisienne.

4. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa b), les cotisations à l'assurance complémentaire, la prestation supplémentaire pour mineurs, le supplément d'impotence et l'indemnité compensatrice n'entrent pas en ligne de compte.

5. Si en cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants dépasse la durée maximale prévue par la législation autrichienne pour la fixation du montant de majoration, la prestation partielle due est à calculer proportionnellement à la durée des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation autrichienne et au maximum des mois d'assurance précité.

6. Pour le calcul du supplément d'impotence, l'article 15, paragraphe (1), alinéas b) et c), est applicable; l'article 19 est applicable par analogie.

7. Le montant calculé en application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), est augmenté le cas échéant de montants de majoration découlant des cotisations versées à l'assurance complémentaire, de la prestation supplémentaire pour mineurs, du supplément d'impotence et de l'indemnité compensatrice.

8. Si, selon la législation autrichienne, l'octroi des prestations de l'assurance-pension des ouvriers mineurs est subordonné à la condition que des activités d'ouvriers mineurs aient été effectivement exercées dans certaines entreprises définies selon cette législation, seules les périodes d'assurance tunisienne résultant d'une activité similaire accomplie dans une entreprise tunisienne sont prises en compte en vue de la totalisation.

9. Les versements spéciaux sont dûs au prorata de la prestation partielle autrichienne; l'article 19 est applicable par analogie.

Article 17

Les institutions tunisiennes appliquent les articles 14 et 15 d'après les règles suivantes:

1. En cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa b), première phrase, les cotisations pour l'assurance complémentaire n'entrent pas en ligne de compte:

2. Si en cas d'application de l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la durée totale des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu des législations des deux Etats contractants dépasse la durée maximale prévue par la législation tunisienne pour la fixation du montant de majoration, la prestation partielle due est calculée proportionnellement à la durée des périodes d'assurance à prendre en considération en vertu de la législation tunisienne et le maximum des mois d'assurance précité.

3. Le montant visé à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), est augmenté le cas échéant du montant des majorations découlant des cotisations qui ont été versées à l'assurance complémentaire.

4. Lorsque l'assuré satisfait aux conditions requises pour avoir droit aux prestations, sans application des dispositions de l'article 14, l'institution tunisienne détermine le montant des prestations en fonction des seules périodes d'assurance accomplies sous la législation tunisienne.

Article 18

(1) Si l'intéressé ne remplit pas, à un moment donné, les conditions exigées par les législations des deux Etats contractants qui lui sont applicables, mais satisfait aux conditions d'une seule d'entre elles, sans qu'il soit nécessaire de faire appel aux périodes d'assurance accomplies sous la législation de l'autre Etat contractant, le montant de la prestation sera déterminé en vertu de la seule législation au regard de laquelle le droit est ouvert et compte tenu des seules périodes accomplies sous cette législation.

(2) Une prestation liquidée d'après les dispositions du paragraphe (1), est à réviser en application de l'article 15 lorsqu'il y a ouverture d'un nouveau droit à prestations d'après la législation de l'autre Etat contractant. Cette révision prend effet à partir de la date d'entrée en jouissance de la prestation d'après la législation dudit Etat contractant. La validité de décisions antérieures ne porte aucunement atteinte au caractère définitif de cette révision.

Article 19

Lorsqu'une personne peut prétendre à une prestation en vertu de la législation d'un Etat contractant, même compte non tenu de l'article 15, paragraphe (1), alinéa a), et lorsque le montant de

celle-ci dépasse le total des prestations calculées conformément à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), la pension partielle à accorder par l'institution de cet Etat contractant se compose de la prestation partielle ainsi calculée, augmentée d'un complément égal à la différence entre le total des prestations calculées conformément à l'article 15, paragraphe (1), alinéa c), et la prestation qui serait due si la législation de cet Etat contractant était seule applicable.

Chapitre 4**Allocations familiales****Article 20**

(1) Les personnes exerçant une activité professionnelle salariée dans un Etat contractant ont droit aux allocations familiales d'après la législation de cet Etat contractant également pour les enfants qui ont leur résidence permanente dans l'autre Etat contractant.

(2) Pour l'ouverture du droit aux allocations familiales, les salariés sont considérés comme s'ils avaient leur domicile exclusivement dans l'Etat contractant où ils exercent l'activité professionnelle.

(3) Le droit aux allocations familiales autrichiennes n'est maintenu pour les enfants ayant leur résidence permanente en Tunisie, au delà de l'âge de 16 ans que s'ils poursuivent une formation scolaire.

Article 21

(1) Les allocations familiales accordées d'après la législation autrichienne à des enfants ayant leur résidence permanente en Tunisie, sont fixées à 818,— SA par mois et par enfant. Ce montant est augmenté ou diminué du même pourcentage que les allocations familiales versées pour un enfant en Autriche après le 1^{er} janvier 1987.

(2) Pour les enfants ayant atteint l'âge de 10 ans et ayant leur résidence permanente en Tunisie, l'allocation familiale est augmentée de 120,— SA par mois à partir du début de l'année civile au cours de laquelle l'enfant aura atteint ses 10 ans. Ce montant est augmenté ou diminué selon le pourcentage appliqué en Autriche à partir du 1^{er} janvier 1986 à l'augmentation ou la diminution du supplément à l'allocation familiale pour un enfant ayant atteint l'âge de 10 ans.

Article 22

(1) Si pour l'ouverture du droit aux allocations familiales la législation d'un Etat contractant prévoit certaines périodes de stage, les périodes équivalentes accomplies dans l'autre Etat contractant sont prises en compte.

(2) Pour l'ouverture du droit aux allocations familiales les salariés percevant des prestations en espèces d'après la législation sur l'assurance-maladie ou l'assurance-chômage d'un Etat contractant sont à considérer comme s'ils étaient employés dans l'Etat contractant dont la législation régit le service des prestations en espèces qui leur sont accordées.

Article 23

Si en application de la présente Convention une personne remplit successivement au cours d'un mois de calendrier les conditions pour l'ouverture du droit au titre des législations de l'un et de l'autre des Etats contractants, les allocations familiales sont accordées pour le mois en question seulement par l'Etat contractant dont la législation était applicable au début du mois.

Article 24

Si en application de la présente Convention et conformément aux législations des deux Etats contractants, les conditions sont remplies pour l'ouverture du droit aux allocations familiales pour un enfant dans les deux Etats contractants, les allocations familiales pour cet enfant ne sont accordées que d'après la législation de l'Etat contractant où l'enfant en question a sa résidence permanente.

Article 25

Pour l'application du présent chapitre sont considérées comme enfants les personnes pour lesquelles des allocations familiales sont prévues selon la législation applicable.

TITRE IV

DISPOSITIONS DIVERSES

Article 26

(1) Les autorités compétentes fixeront dans un arrangement les mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente Convention. Cet arrangement peut être conclu avant l'entrée en vigueur de la présente Convention; il ne pourra cependant entrer en vigueur au plus tôt qu'à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

(2) Les autorités compétentes des deux Etats contractants

- a) se communiqueront toutes informations concernant les mesures prises pour l'application de la présente Convention;
- b) se communiqueront toutes les informations concernant les modifications de leur législation susceptibles de modifier l'application de la présente Convention.

(3) Pour l'application de la présente Convention, les autorités et les institutions des Etats contractants se prêteront leurs bons offices et agiront comme s'il s'agissait de l'application de leur propre législation. Cette entraide administrative est gratuite.

(4) Les institutions et les autorités des Etats contractants peuvent, aux fins de l'application de la présente Convention, communiquer directement les unes avec les autres ainsi qu'avec les personnes intéressées ou leurs mandataires.

(5) Les institutions et les autorités d'un Etat contractant ne peuvent rejeter les demandes ou autres documents qui leur sont adressés du fait qu'ils sont rédigés dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

(6) Les examens médicaux auxquels il est procédé par application de la législation d'un Etat contractant et qui s'appliquent à des personnes séjournant ou résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sont, à la demande des services compétents, réalisés à leurs frais par l'institution du lieu de séjour ou de résidence.

(7) En matière d'assistance judiciaire, les dispositions y relatives de droit commun sont applicables.

Article 27

Afin de faciliter l'application de la présente Convention et notamment en vue de l'établissement de relations simples et rapides entre les institutions entrant en ligne de compte des deux côtes, les autorités compétentes procèdent à la création d'organismes de liaison.

Article 28

(1) Le bénéfice des exemptions ou réductions de taxes, de timbres, de droits de greffe ou d'enregistrement prévues par la législation d'un Etat contractant pour les pièces ou documents à produire en application de la législation de cet Etat contractant est étendu aux pièces et documents analogues à produire en applications de la présente convention ou de la législation de l'autre Etat contractant.

(2) Tous actes, documents et pièces quelconques à produire pour l'application de la présente Convention, sont dispensés de légalisation.

Article 29

(1) Les demandes, déclarations ou recours présentés en application de la présente Convention ou de la législation d'un Etat contractant, auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent d'un Etat contractant, doivent

être considérés comme demandes, déclarations ou recours présentés auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(2) Une demande de prestations présentée conformément à la législation de l'un des Etats contractants vaut également la demande d'une prestation correspondante visée par la présente Convention conformément à la législation de l'autre Etat contractant prise en considération par la présente Convention. Cette disposition n'est pas applicable, si le requérant demande expressement de surseoir à la liquidation d'une prestation de vieillesse qui serait acquise en vertu de la législation d'un Etat contractant.

(3) Les demandes, déclarations ou recours qui auraient dû être présentés en application de la législation d'un Etat contractant dans un délai déterminé auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de cet Etat contractant, sont recevables s'ils sont présentés dans le même délai auprès d'une autorité, d'une institution ou d'un autre organisme compétent de l'autre Etat contractant.

(4) Dans les cas prévus aux paragraphes (1) à (3) l'autorité, l'institution ou l'organisme ainsi saisi transmet sans retard ces demandes, déclarations ou recours à l'autorité, l'institution ou l'organisme compétent de l'autre Etat contractant, soit directement, soit par l'intermédiaire des autorités compétentes des deux Etats contractants.

Article 30

(1) Les organismes débiteurs de prestations en vertu de la présente Convention s'en libéreront valablement dans la monnaie de leur pays. La conversion est effectuée au cours du jour valable lors du transfert de la prestation.

(2) Les montants des remboursements prévus par la présente Convention seront libellés dans la monnaie de l'Etat contractant de l'institution qui a assuré le service des prestations.

(3) Les transferts que comporte l'exécution de la présente Convention auront lieu conformément aux accords, en cette matière, en vigueur dans les deux Etats contractants au moment du transfert.

Article 31

Pour les décisions exécutoires des instances judiciaires ainsi que les actes authentiques exécutoires des institutions et des autorités d'un Etat contractant en matière de sécurité sociale selon l'article 2 la Convention signée le 23 juin 1977 entre la République d'Autriche et la République Tunisienne relative à la reconnaissance et l'exécution des décisions judiciaires et des actes authentiques en

matière civile et commerciale, est applicable par analogie.

Article 32

(1) Les avances payées par une institution d'un Etat contractant peuvent être retenues sur les arriérés d'une prestation correspondante due par une institution de l'autre Etat contractant pour la même période. Lorsque l'institution d'un Etat contractant a versé une prestation dépassant celle à laquelle l'intéressé a droit et lorsque l'institution de l'autre Etat contractant doit verser ultérieurement une prestation correspondante pour la même période, le montant dépassant la prestation due par le premier Etat contractant est à considérer comme avance au sens de la première phrase jusqu'à concurrence du montant des arriérés à verser par le second Etat contractant.

(2) Si une prestation de l'assistance sociale ou une prestation provisoire de l'assurance-chômage a été servie dans un Etat contractant à un bénéficiaire au cours d'une période pour laquelle le bénéficiaire avait droit à des prestations en espèces, l'institution obligée ou l'organisme payant retient, sur demande et pour le compte de l'organisme en question les arriérés d'une prestation relative à cette même période jusqu'à concurrence de la prestation payée.

(3) Les retenues prévues aux paragraphes (1) et (2) s'effectuent conformément aux dispositions de la législation de l'Etat contractant applicable à l'institution qui opère ces retenues.

Article 33

Lorsqu'une personne qui peut prétendre à des prestations selon la législation d'un Etat contractant pour un dommage survenu sur le territoire de l'autre Etat contractant a le droit de réclamer à un tiers la réparation de ce dommage en vertu de la législation de ce dernier Etat contractant l'institution du premier Etat contractant lui est substituée dans le droit à réparation selon la législation qu'elle applique.

Article 34

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention seront réglés par la voie diplomatique. Sur demande d'un Etat contractant et en second lieu le différend peut être soumis à une commission ad-hoc qui se composera, en nombre égal, de représentants des autorités compétentes des deux Etats contractants. Chaque délégation pourra comprendre des experts.

(2) Au cas où un différend ne pourrait être réglé de cette manière, il sera, sur demande d'un Etat contractant, soumis à un tribunal arbitral qui sera constitué de la manière suivante:

- a) Chacun des Etats contractants désignera un arbitre dans un délai d'un mois à partir de la date de réception de la demande d'arbitrage. Les deux arbitres ainsi nommés choisiront dans un délai de deux mois après la notification de l'Etat contractant qui a désigné son arbitre le dernier, un troisième arbitre ressortissant d'un Etat tiers.
- b) Dans le cas où l'un des Etats contractants n'aura pas désigné d'arbitre dans le délai fixé, l'autre Etat contractant pourra demander au président de la Cour Internationale de Justice de le désigner. Il en sera de même, à la diligence de l'un ou l'autre Etat contractant à défaut d'entente sur le choix du tiers arbitre par les deux arbitres.
- c) Toutefois, au cas où le président de la Cour Internationale de Justice serait un ressortissant de l'un des Etats contractants, les fonctions qui lui sont dévolues par le présent article seront confiées selon l'ordre de préséance au vice-président de la Cour ou au premier membre de la Cour qui ne serait pas dans cette situation.
- (3) Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires à l'encontre des deux Etats contractants. Chacun des Etats contractants prend à sa charge les frais afférents à l'arbitre qu'il désigne. Les autres frais sont répartis également entre les deux Etats contractants. Le tribunal arbitral fixe lui-même sa procédure.

TITRE V

DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

Article 35

- (1) La présente Convention n'ouvre aucun droit au paiement de prestations pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.
- (2) Toute période d'assurance accomplie en vertu de la législation d'un Etat contractant avant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention est prise en considération pour la détermination du droit aux prestations s'ouvrant conformément aux dispositions de la présente Convention.
- (3) Sans préjudice des dispositions du paragraphe (1) la présente Convention s'applique également aux cas d'assurance survenus avant son entrée en vigueur pour autant que les droits antérieurement liquidés n'aient pas donné lieu à un règlement en capital. Dans ces cas sont liquidées d'après les dispositions de la présente Convention:
- les prestations dues seulement en vertu de cette Convention, sur demande de l'intéressé et à partir de l'entrée en vigueur de cette Convention,
 - les prestations liquidées avant l'entrée en vigueur de la présente Convention sur demande de l'intéressé.

Si la demande en fixation ou révision est présentée dans un délai de deux ans à partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention les prestations sont accordées à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, sinon à partir de la date déterminée suivant la législation de chacun des Etats contractants.

(4) Quant aux droits résultants de l'application du paragraphe (3), les dispositions prévues par les législations des deux Etats contractants en ce qui concerne la déchéance ou la prescription des droits ne sont opposables aux intéressés, si la demande visée au paragraphe (3) est présentée dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Si la demande est présentée après l'expiration de ce délai, le droit aux prestations qui n'est pas frappé de déchéance ou qui n'est pas prescrit est acquis à partir de la date de la demande, à moins que les dispositions plus favorables de la législation d'un Etat contractant ne soient applicables.

(5) L'article 32, paragraphe (1), sera applicable par analogie aux cas visés au paragraphe (3), alinéa b).

Article 36

Les droits revenant en vertu de la législation autrichienne à une personne qui pour des raisons politiques, de religion ou de race a subi un préjudice en matière de sécurité sociale, ne sont pas affectés par la présente Convention.

Article 37

- (1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Vienne.
- (2) La présente Convention prendra effet le premier jour du troisième mois qui suit le mois au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.
- (3) La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée. Chaque Etat contractant peut dénoncer par la voie diplomatique la présente Convention à l'expiration d'une année civile en respectant un délai de préavis de trois mois.
- (4) En cas de dénonciation, les dispositions de la présente Convention resteront applicables aux droits acquis, nonobstant les dispositions restrictives que les régimes intéressés prévoiraient pour le cas de séjour à l'étranger d'un assuré.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtu de leur sceau.

FAIT A Tunis le 4 décembre 1989 en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe

et française. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour la République d'Autriche:

Mock

Pour la République Tunisienne:

Escheikh

PROTOCOLE FINAL

A LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE

Au moment de procéder à la signature de la Convention sur la Sécurité Sociale entre la République d'Autriche et la République Tunisienne, les Plénipotentiaires des deux Etats contractants sont convenus des dispositions suivantes:

I. Au sujet de l'article 4 de la Convention:

Cette disposition ne porte pas atteinte

- a) aux règles de répartition des charges en matière d'assurance prévues dans les accords entre les Etats contractants avec des Etats tiers;
- b) aux législations des deux Etats contractants relatives à l'assurance des personnes employées auprès d'une représentation officielle d'un des deux Etats contractants dans un Etat tiers ou des membres de ces représentations;
- c) aux dispositions de la législation autrichienne relative à la prise en compte de périodes de service militaire de guerre et de périodes qui leur sont assimilées;
- d) aux dispositions de la législation autrichienne relative à la représentation des assurés et des employeurs dans les organes des institutions et des fédérations ainsi que dans les juridictions en matière de sécurité sociale.

II. Au sujet de l'article 5 de la Convention:

Conformément à la législation autrichienne, cette disposition ne se réfère pas

- a) à l'indemnité compensatrice;
- b) aux parties de la prestation autrichienne dues en fonction
 - i) des périodes d'assurance accomplies conformément à la loi fédérale du 22 novembre 1961 relative aux droits à

prestations et aux expectatives en matière d'assurance-pension par suite d'une activité salariée à l'extérieur de l'Autriche ou

- ii) des périodes d'activité indépendante accomplies à l'extérieur de l'Autriche sur le territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise.

III. Au sujet de l'article 11 de la Convention:

Dans les cas visés à l'article 9 paragraphe (2) le remboursement des prestations accordées aux ayants-droit de l'assurance-pension autrichienne est à effectuer à charge des cotisations d'assurance-maladie des pensionnés perçues par le «Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger»

IV. Au sujet des articles 20 à 22 de la Convention:

- a) Le droit aux allocations familiales n'existe que si l'occupation n'est pas contraire aux prescriptions en vigueur en matière d'occupation des travailleurs étrangers.
- b) Le droit aux allocations familiales d'après la législation autrichienne n'existe que si l'occupation en Autriche s'étend sur une durée d'au moins un mois de calendrier entier. Les dispositions de l'article 22 paragraphe (1) concernant la totalisation ne sont pas appliquées en ce qui concerne cette période de stage.
- c) Le droit à une majoration de l'allocation familiale accordée selon la législation autrichienne pour des enfants handicapés, n'existe que si ces enfants ont leur résidence permanente en Autriche.

Ce protocole final fait partie intégrante de la Convention entre la République d'Autriche et la République Tunisienne sur la Sécurité Sociale. Il entre en vigueur à la même date que la Convention et reste en vigueur aussi longtemps que celle-ci.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ont signé le présent protocole final et l'ont revêtu de leur sceau.

FAIT A Tunis le 4 décembre 1989 en deux exemplaires originaux faisant également foi, chaque exemplaire étant rédigé en langues allemande, arabe et française. En cas de divergence d'interprétation entre les textes allemand et arabe, le texte français prévaut.

Pour la République d'Autriche:

Mock

Pour la République Tunisienne:

Escheikh

VORBLATT

Problem:

Die Soziale Sicherheit von Personen, die in Österreich und Tunesien Versicherungszeiten zurückgelegt haben, ist insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung allein auf Grund der jeweils national geltenden Bestimmungen nicht umfänglich gewährleistet.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende Abkommen wird ein umfassender Schutz insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung durch die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch, die Leistungsfeststellung entsprechend dem jeweiligen Zeitenverhältnis und den Leistungsexport sichergestellt.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-tunesische Abkommen über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll enthält gesetzändernde und Gesetzesergänzende Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Verfassungsändernde Bestimmungen sind in dem Abkommen nicht enthalten.

Die Zuständigkeit des Bundes zum Abschluß des Abkommens ergibt sich aus Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG („äußere Angelegenheiten“).

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des Abkommens ist zu bemerken, daß aus der Durchführung des Abkommens dem Bund keine Vermehrung des Personalaufwandes erwachsen wird. Bezüglich des Sachaufwandes des Bundes ist festzustellen, daß eine Vermehrung in den Bereichen der Kranken- und Unfallversicherung unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage nicht eintreten wird. Im Bereich der Pensionsversicherung ist das Ausmaß eines allfälligen Pensionsmehr-aufwandes im vorhinein weder bestimmbar noch abschätzbar, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Pensionsversicherungsträger aber zweifellos im Hinblick auf die geringe Fluktuation von erwerbstätigen Personen zwischen den beiden Vertragsstaaten ohne Bedeutung. Der Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung wird daher praktisch nicht berührt werden. In bezug auf die Familienbeihilfe sind die finanziellen Auswirkungen unbedeutend, zumal die vom Abkommen erfaßte Anzahl der in Frage kommenden Fälle jedenfalls gering ist.

2. Werdegang des Abkommens

Im Zusammenhang mit Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Anwerbeabkommens zwischen beiden Staaten hat die tunesische Seite bereits im Jahre 1970 den Wunsch nach Abschluß eines Abkommens über Soziale Sicherheit bekundet. Obgleich

ein solches Anwerbeabkommen in der Folge nicht abgeschlossen worden ist, wurde dieser tunesische Wunsch aufrechterhalten, sodaß über Ersuchen des österreichischen Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1982 Expertenbesprechungen betreffend ein Abkommen über Soziale Sicherheit zwischen beiden Staaten aufgenommen wurden. Diese Besprechungen wurden in den Jahren 1983, 1984 und 1986 fortgesetzt und im April 1987 abgeschlossen, wobei Einvernehmen über den Entwurf eines Abkommens samt Schlußprotokoll erzielt wurde. Nachdem auf Grund des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens keine Änderungen erforderlich waren, wurde das Abkommen in der Folge unterzeichnet.

3. Das Abkommen samt Schlußprotokoll im allgemeinen

Das Abkommen entspricht in materiellrechtlicher Hinsicht den in letzter Zeit von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen.

Das Abkommen ist in fünf Abschnitte gegliedert:

Abschnitt I enthält allgemeine Bestimmungen und legt im wesentlichen den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich, den Grundsatz der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie die Gebietsgleichstellung hinsichtlich der Gewährung von Geldleistungen insbesondere aus der Unfall- und Pensionsversicherung fest.

Abschnitt II normiert in bezug auf die jeweils hinsichtlich der Versicherungspflicht anzuwendenden Rechtsvorschriften den Territorialitätsgrundsatz sowie Ausnahmen von diesem Grundsatz und sieht die Möglichkeit vor, im Einzelfall Ausnahmen hiervon zu vereinbaren.

Abschnitt III enthält die besonderen Bestimmungen betreffend die einzelnen Leistungsarten:

Für den Bereich der **Krankenversicherung** ist lediglich eine Zuordnung der Pensionsbezieher zu dem für den jeweiligen Wohnort zuständigen Versicherungsträger vorgesehen.

In der **Unfallversicherung** wird die Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen

grundsätzlich dem zuletzt zuständig gewesenen Versicherungsträger zugeordnet.

Im Bereich der **Pensionsversicherung** erfolgt die Leistungsfeststellung sowohl auf österreichischer als auch auf tunesischer Seite unter Zusammenrechnung der in den beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten entsprechend dem Zeitenverhältnis (pro-rata-temporis).

Auf dem Gebiet des **Familienlastenausgleiches** werden nur die Familienbeihilfen in das Abkommen einbezogen. Es wurde das Arbeitslandprinzip gewählt, wonach Familienbeihilfen ausschließlich von dem Vertragsstaat zu gewähren sind, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird, wobei Einschränkungen hinsichtlich der Höhe der Familienbeihilfe und des Lebensalters des Kindes bei jenen Kindern vorgesehen sind, die sich ständig in Tunesien aufhalten.

Abschnitt IV enthält verschiedene Bestimmungen über die Durchführung und Anwendung des Abkommens.

Abschnitt V enthält Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Das **Schlußprotokoll**, das einen Bestandteil des Abkommens bildet, enthält im wesentlichen Bestimmungen, durch die einzelne Regelungen des Abkommens ergänzt werden bzw. die zur Durchführung des Abkommens im innerstaatlichen Bereich eines Vertragsstaates erforderlich sind.

4. Übersicht über das tunesische System der Sozialen Sicherheit

Das tunesische System der Sozialen Sicherheit umfaßt

- die Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung,
- die Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung,
- die Pensionsversicherung,
- die Familienbeihilfe und
- die Arbeitslosenversicherung.

Der Bereich der Arbeitslosenversicherung wurde erst jüngst in Tunesien als System der Sozialen Sicherheit eingeführt. Die von Tunesien bisher geschlossenen Abkommen enthalten grundsätzlich keine Regelungen in diesem Bereich. Die tunesische Seite hat daher auch im Verhältnis zu Österreich nicht gewünscht, diesbezügliche Regelungen vorzusehen. Im Hinblick auf die geringe Fluktuation von erwerbstätigen Personen zwischen den beiden Vertragsstaaten kommt diesem Bereich auch aus österreichischer Sicht im Verhältnis zu Tunesien keine Bedeutung zu, sodaß der Bereich der Arbeitslosenversicherung nicht in den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens einbezogen wurde.

Die nachstehende Übersicht über die vom Abkommen erfaßten Zweige stellt auf die zum 1. Jänner 1985 geltende Rechtslage betreffend das System für unselbständig Erwerbstätige ab und beruht weitestgehend auf der Veröffentlichung „Social Security Programms Throughout the World — 1985“ des US Department of Health and Human Services. Von einer Darstellung der vom Abkommen ebenfalls erfaßten Sondersysteme für selbständig Erwerbstätige, Landwirte und Fischer wurde Abstand genommen. Der Umrechnungskurs hat am 1. Juni 1989 1 Tunesischer Dinar (DT) = 14,21 Schilling betragen.

Organisation und Verwaltung

Die allgemeine Überwachung der Systeme obliegt dem Ministerium für soziale Angelegenheiten (Ministère des Affaires Sociales).

Alle Zweige der Sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Unfallversicherung werden von der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit (Caisse Nationale de Sécurité Sociale — C.N.S.S.) und deren regionalen Büros durchgeführt. Im Bereich der Pensionsversicherung ist die Durchführung teilweise der Kasse für Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung (Caisse d'Assurance Vieillesse, Invalidité et Survivants — CAVIS) übertragen. Für die Leistungen im Bereich der Unfallversicherung hat der Dienstgeber grundsätzlich durch den Abschluß entsprechender Privatversicherungen Vorsorge zu treffen. Lediglich in Fällen, in denen der Dienstgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommt, fällt die Durchführung der Unfallversicherung in die Zuständigkeit des Arbeitsunfall-Fonds (Fonds des Accidents du Travail). Im Bereich der Krankenversicherung werden die Sachleistungen durch die staatlichen Spitäler und Gesundheitseinrichtungen (diesbezüglich bestehen Verträge zwischen der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit und dem Gesundheitsministerium) sowie durch Ambulatorien der Staatlichen Kasse für Soziale Sicherheit erbracht.

Finanzierung

Die Leistungen der Sozialen Sicherheit werden durch Beiträge des Dienstgebers und — mit Ausnahme der Unfallversicherung — des Dienstnehmers finanziert. Zuschüsse des Staates sind nach tunesischem Recht nicht vorgesehen. Die Beiträge zu den einzelnen Zweigen betragen:

- a) Kranken-, Mutterschafts- und Sterbegeldversicherung:

Dienstnehmer: 5%,

Dienstgeber: 15% des Entgelts.

Diese Beiträge werden auch zur Finanzierung der Familienbeihilfen und als Zuschuß zur Finanzierung der Pensionsversicherung herangezogen.

- b) Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenversicherung:
Dienstgeber: zwischen 1% und 9% des Entgelts, abgestuft nach Risikoklassen.
- c) Pensionsversicherung:
Dienstnehmer: 1,25%,
Dienstgeber: 2,5% des Entgelts.
(Zusätzlicher Beitragszuschuß: siehe unter a).
- d) Familienbeihilfen:
Keine eigenen Beiträge (siehe unter a).

1. Krankheit und Mutterschaft

- a) Geschützter Personenkreis:
Allgemeines System: Dienstnehmer in Industrie, Handel sowie Bau- und Transportgewerbe, freiberuflich Tätige, Studenten vor Vollendung des 28. Lebensjahres, Pensionisten sowie die Familienangehörigen dieser Personen;
Sondersysteme für Landarbeiter, Fischer, selbständig Erwerbstätige und Beamte.
- b) Anspruchsvoraussetzungen:
Sach- und Geldleistungen: entweder 50 Arbeitstage innerhalb der letzten beiden Quartale oder 80 Arbeitstage innerhalb der letzten vier Quartale (für die Geldleistungen bei Mutterschaft gilt nur die längere Wartezeit von 80 Arbeitstagen innerhalb der letzten vier Quartale). Diese Wartezeit entfällt, wenn die Krankheit Folge eines Unfalles ist.
- c) Leistungen:
 - aa) Sachleistungen:
Der Leistungskatalog umfaßt ärztliche Betreuung, Anstaltspflege, fachärztliche Betreuung, Laboruntersuchungen und Heilmittel. Diese Leistungen werden ohne Selbstbehalt des Versicherten oder seiner Familienangehörigen erbracht.
 - bb) Krankengeld:
Das Krankengeld gebührt bei Arbeitsunfähigkeit, sofern nicht gleichzeitig Anspruch auf eine Leistung der Unfallversicherung besteht. Es wird vom 6. bis zum 180. Tag der Arbeitsunfähigkeit gewährt. Eine Gewährung über den 180. Tag hinaus ist nur in Fällen bestimmter in eine Liste aufgenommener längerdauernder Krankheiten, einer Anstaltspflege oder eines Unfalles möglich.
Das Krankengeld beträgt $\frac{2}{3}$ der Bemessungsgrundlage der Krankenversicherung (durchschnittliches Tagesentgelt jenes Quartals innerhalb der dem Eintritt des Versicherungsfalles vorangegangenen vier Quartale, in dem der Versicherte das höchste Entgelt bezogen hat, unter Berücksichtigung einer Höchstbemessungsgrundlage). Bei Gewährung des Krankengeldes über den 180. Tag

der Arbeitsunfähigkeit hinaus wird die Höhe ab dem dritten Jahr auf 50% der Bemessungsgrundlage reduziert.

cc) Mutterschaftsgeld:

Das Mutterschaftsgeld gebührt während des arbeitsrechtlichen Mutterschaftsurlaubes (grundsätzlich 30 Tage), sofern nicht entsprechende arbeitsrechtliche Vorschriften während dieser Periode die Weitergewährung des Entgeltes sicherstellen.

Das Mutterschaftsgeld beträgt $\frac{1}{3}$ der Bemessungsgrundlage.

dd) Sterbegeld:

- Bei Tod des Versicherten gebührt das Sterbegeld in der Höhe eines durchschnittlichen Jahresentgelts (Berücksichtigung höchstens bis zum 6fachen des nationalen Mindestlohnes) und erhöht sich pro Versicherungsjahr um $\frac{1}{2}$ (Maximum: das 2,5fache des durchschnittlichen Jahresentgeltes). Gekürztes Sterbegeld bei Anspruch auf Hinterbliebenenpensionen.
- Bei Tod eines Angehörigen gebührt das Sterbegeld in der Höhe vom 10- bis 90fachen des täglichen Krankengeldes.

2. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

- a) Geschützter Personenkreis:
Allgemeines System: Alle Dienstnehmer, selbständig Erwerbstätige können freiwillig beitreten; Sondersystem für Beamte.
- b) Anspruchsvoraussetzungen:
Keine Wartezeit.
- c) Leistungen:
 - aa) Sachleistungen:
Der Versicherte hat Anspruch auf die auf Grund der Folgen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit erforderlichen Sachleistungen. Die Versicherten haben hierbei freie Wahl hinsichtlich des Arztes bzw. der Krankenanstalt. Nehmen sie aber nicht die vom Dienstgeber oder dessen Versicherung bezeichneten Einrichtungen in Anspruch, so hat der Dienstgeber oder dessen Versicherung lediglich die behördlich festgesetzten Tarife zu tragen. Der darüber hinausgehende Teil der Behandlungskosten ist vom Versicherten zu zahlen.
 - bb) Geldleistungen bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit:
Die Geldleistung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit gebührt ab dem dritten Tag der Arbeitsunfähigkeit in der Höhe von 50% des letzten Entgeltes. Sie erhöht sich auf $\frac{2}{3}$ des letzten Entgeltes

nach der sechsten Woche des Bezuges. Sie gebührt bis zum Wegfall der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit oder bis zur Feststellung der dauernden Arbeitsunfähigkeit.

cc) Rente:

Anspruch auf Rente besteht ab einer Minderung der Arbeitsfähigkeit von 5%. Die Rente beträgt bei einer Minderung der Arbeitsfähigkeit zwischen 5% und 50% pro 1% der Minderung der Arbeitsfähigkeit 0,5% der Bemessungsgrundlage der Unfallversicherung (gebildet aus dem Jahresentgelt vor Eintritt des Versicherungsfalles bis zu 4 020 DT, wobei das zwischen 1 724 DT und 4 020 DT liegende Entgelt nur zu $\frac{1}{2}$ berücksichtigt wird; ein Jahresentgelt unter 1 724 DT wird nicht berücksichtigt).

Bei einer Minderung der Arbeitsfähigkeit über 50% erhöht sich die Rente pro 1% der Minderung der Arbeitsfähigkeit über 50% um 1,5% der Bemessungsgrundlage.

Bei einer Minderung der Arbeitsfähigkeit zwischen 5% und 15% gebührt anstelle einer laufenden Rente eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei Jahresrenten.

Im Falle einer Minderung der Arbeitsfähigkeit um 100% gebührt bei Hilflosigkeit eine Hilflosenzulage in der Höhe von 25% der Bemessungsgrundlage (mindestens 120 DT).

dd) Hinterbliebenenleistungen:

— Witwen(Witwer)rente:

Witwen(Witwer)rente gebührt der Witwe (dem Witwer) in der Höhe von 25% der Bemessungsgrundlage. Bei Wiederverheiratung wird eine Abfertigung in der Höhe von drei Jahresrenten gewährt. Darüber hinaus hat auch der geschiedene oder getrennt lebende Ehegatte einen Anspruch auf Rente in der Höhe von 15% der Bemessungsgrundlage, sofern ein gerichtlich festgestellter Unterhaltsanspruch gegenüber dem Verstorbenen bestanden hat.

— Waisenrente:

Für Halbwaisen gebührt eine gemeinsame Rente in der Höhe zwischen 15% und 45% der Bemessungsgrundlage (abhängig von der Anzahl der Waisen, der Höchstbetrag wird bei vier Kindern erreicht). Für Vollwaisen gebühren jeweils 20% (höchstens 60%) der Bemessungsgrundlage als Rente.

Die Waisenrente wird bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres gewährt.

— Renten an sonstige Verwandte:

Sind kein Ehegatte und keine Kinder vorhanden, so gebührt bestimmten Verwandten der ab- und aufsteigenden Linie eine Rente in der Höhe von jeweils 10% (höchstens 30%) der Bemessungsgrundlage, sofern der Verstorbene für deren Unterhalt aufgekomen ist.

— Sterbegeld (50 DT).

3. Alter, Invalidität und Tod

a) Geschützter Personenkreis:

Allgemeines System: Dienstnehmer in Industrie, Handel sowie Bau- und Transportgewerbe und freiberuflich Tätige; Sondersysteme für Landarbeiter, Fischer und Beamte.

b) Anspruchsvoraussetzungen:

aa) Normale Alterspension:

Vollendung des 60. Lebensjahres, Wartezeit von 120 Versicherungsmonaten (Beitragsmonate und gleichgestellte Monate seit 1. April 1961), keine Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

bb) Vorzeitige Alterspension:

- ab Vollendung des 55. Lebensjahres für Personen, die in ungesunden oder schweren Berufen beschäftigt waren;
- ab Vollendung des 50. Lebensjahres, für aus wirtschaftlichen Gründen gekündigte Personen, für Personen, deren Körper vorzeitige Abnutzungserscheinungen aufweist, sowie für sonstige Personen, die insgesamt 360 Versicherungsmonate, oder im Falle einer Frau, die drei Kinder geboren hat, 180 Versicherungsmonate erworben haben.

cc) Proportionale Pension:

Erfüllung der für eine normale Alterspension verlangten Anspruchsvoraussetzungen mit Ausnahme der Wartezeit, jedoch Vorliegen von mindestens 60 Beitragsmonaten.

dd) Invaliditätspension:

Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens $\frac{2}{3}$, soweit diese nicht auf einer Arbeitsunfähigkeit oder einer Berufskrankheit beruht, Wartezeit von 60 Versicherungsmonaten (die Voraussetzung einer Wartezeit entfällt für Versicherte, deren Invalidität infolge eines Unfalles, der kein Arbeitsunfall ist, eintritt).

ee) Hinterbliebenenpensionen:

— Witwen(Witwer)pension:

Der Verstorbene muß entweder im Todeszeitpunkt eine Alters- oder Invaliditätspension bezogen haben oder je nach seinem Alter die Voraussetzung der Wartezeit für eine Alters- oder Invaliditätspension erfüllen. Eine Witwerpension gebührt nur für Witwer, die invalid im Sinne der Voraussetzungen für eine Invaliditätspension sind. Der Anspruch auf Witwen(Witwer)pension erlischt bei Wiederverheiratung mit dem Beginn des auf die Wiederverheiratung folgenden Quartals.

— Waisenpension:

Wartezeit wie für Witwen(Witwer)pension; gebührt bis zur Vollen-
dung des 16. Lebensjahres des Kin-
des (21. Lebensjahres bei Schulbe-
such, unbegrenzt bei Erwerbsunfä-
higkeit).

c) Leistungen:

(Die Pensionen gebühren 12mal jährlich.)

aa) Normale Alterspension:

Grundbetrag von 40% der Bemessungs-
grundlage der Pensionsversicherung
(durchschnittliches Entgelt der letzten
drei oder fünf Jahre vor Eintritt des Ver-
sicherungsfalles unter Berücksichtigung
einer Höchstbemessungsgrundlage, die
dem 6fachen des nationalen Mindestloh-
nes entspricht, wobei das jeweils höhere
durchschnittliche Entgelt heranzuziehen
ist). Beim Vorliegen von mehr als 120
Versicherungsmonaten gebührt pro 12
Versicherungsmonate ein Steigerungsbet-
rag von 2% der Bemessungsgrundlage
(Maximalbetrag von Grundbetrag und
Steigerungsbeträgen: 80% der Bemessungs-
grundlage bei 360 Versicherungs-
monaten).

bb) Vorzeitige Alterspension:

Berechnung wie normale Alterspension.

— Für Versicherte, die in ungesunden
oder schweren Berufen beschäftigt
waren, gilt der Zeitraum zwischen
dem 55. und 60. Lebensjahr zu $\frac{2}{3}$ als
leistungswirksamer Zurechnungs-
zeitraum.

— Bei Versicherten, die ab Vollendung
des 50. Lebensjahres eine vorzeitige
Alterspension auf Grund von 360
Versicherungsmonaten beanspru-
chen, wird ein Abschlag in der Höhe
von 2% pro Jahr dieses vorgezoge-
nen Pensionsbeginns in Anrechnung
gebracht.

cc) Proportionale Pension:

Kürzung jenes Betrages, auf den der
Versicherte bei Erfüllung der Wartezeit
von 120 Versicherungsmonaten An-
spruch gehabt hätte, im Verhältnis der
erworbenen Versicherungszeiten zu 120.

dd) Invaliditätspension:

Grundbetrag von 50% der Bemessungs-
grundlage; beim Vorliegen von mehr als
120 Versicherungsmonaten gebührt pro
zusätzlichem Versicherungsjahr ein Stei-
gerungsbetrag von 2% der Bemessungs-
grundlage (Maximalbetrag von Grund-
betrag und Steigerungsbeträgen: 80%
der Bemessungsgrundlage bei 300 Ver-
sicherungsmonaten).

Bei Hilflosigkeit gebührt eine Hilflosen-
zulage in der Höhe von 20% der Pen-
sion.

Beim Zusammentreffen einer Unfall-
rente und einer Invaliditätspension wird
die Invaliditätspension um den halben
Betrag der Unfallrente zum Ruhen
gebracht (höchstens 50% der Invalidi-
tätspension).

ee) Hinterbliebenenpensionen:

— Witwen(Witwer)pension:

50% der Alters- oder Invaliditätspen-
sion, auf die der Verstorbene
Anspruch hatte oder gehabt hätte.
Dieser Betrag erhöht sich auf 75%,
falls kein Anspruch auf Waisenpen-
sionen besteht oder die Summe aus
Witwen(Witwer)- und Waisenpen-
sionen den Betrag der Pension, auf
die der Verstorbene Anspruch hatte
oder gehabt hätte, nicht erreicht.

— Waisenpension:

30% der Alters- oder Invaliditätspen-
sion, auf die der Verstorbene
Anspruch hatte oder gehabt hätte.
Die Hinterbliebenenpensionen dür-
fen in Summe nicht höher als 100%
der Pension sein, auf die der Ver-
storbene Anspruch hatte oder gehabt
hätte. Gegebenenfalls tritt eine ent-
sprechende Kürzung ein.

ff) Mindestpension:

Erreicht die nach aa), bb) und dd)
berechnete Pension nicht $\frac{2}{3}$ des nationa-
len Mindestlohnes, so wird dieser Betrag
als Pension gewährt. Dieser Betrag ist
gegebenenfalls auch der Berechnung
einer Hinterbliebenenpension zugrunde
zu legen.

4. Familienbeihilfen

a) Geschützter Personenkreis:

Allgemeines System: Alle Erwerbstätigen (mit
Ausnahme der Landarbeiter und des Haus-
personals), Empfänger von Sozialversiche-

rungsleistungen und Studenten bis zum 28. Lebensjahr;

Sondersystem für Beamte.

b) Anspruchsvoraussetzungen:

Kinder bis zum 14. Lebensjahr, Schüler bis zum 16. Lebensjahr, Lehrlinge bis zum 18. Lebensjahr, Studierende oder Töchter, die anstelle der Mutter Geschwister betreuen, bis zum 20. Lebensjahr; bei Behinderung keine Altersgrenze.

c) Leistungen:

Familienbeihilfe für das erste Kind: 18% des Entgeltes des Versicherten, für das zweite Kind 16%, für das dritte Kind 14% und für das vierte Kind 12% (für weitere Kinder wird keine Familienbeihilfe gewährt). Der Höchstbetrag liegt bei 30 DT.

Besonderer Teil

Die einzelnen Regelungen des Abkommens entsprechen — worauf bereits unter Punkt 3 einleitend hingewiesen wurde — weitestgehend den in letzter Zeit von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen, wie zB mit Dänemark (BGBl. Nr. 76/1988), Finnland (BGBl. Nr. 349/1987) und Kanada (BGBl. Nr. 451/1987). Im Hinblick auf die zu einem Großteil wortgleichen Regelungen wird in der Folge auf die jeweils entsprechenden Regelungen dieser Abkommen verwiesen.

Zu Art. 1:

Dieser Artikel enthält die in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit üblichen Begriffsbestimmungen.

Zu Art. 2:

Der hier normierte sachliche Geltungsbereich des Abkommens entspricht dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit und umfaßt auf österreichischer Seite im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung die Systeme sowohl der unselbständig als auch der selbständig Erwerbstätigen sowie die Familienbeihilfe.

Auf tunesischer Seite werden die entsprechenden Zweige und Leistungen erfaßt. Im Hinblick darauf, daß das tunesische System für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten im Unterschied zu den österreichischen Beamten-Pensionssystemen grundsätzlich von den im Abs. 1 angeführten Rechtsvorschriften erfaßt wird, jedoch auf Grund der Besonderheiten dieses Systems eine Einbeziehung in den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens von tunesischer Seite nicht gewünscht wurde, ist im Abs. 2 eine entsprechende Ausnahme vorgesehen.

Zu Art. 3:

Dieser Artikel legt den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, der entsprechend der

Mehrzahl der von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten sowie deren Angehörige und Hinterbliebene (ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit) umfaßt.

Gleichzeitig werden wie im Verhältnis zu den Philippinen (Art. 3 Abs. 2 dieses Abkommens, BGBl. Nr. 116/1982), die in einer diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretungsbehörde beschäftigten Personen bzw. die privaten Hausangestellten dieser Personen vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen. Auf diese Personengruppen findet weiterhin das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, BGBl. Nr. 66/1966, bzw. das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen, BGBl. Nr. 318/1969, Anwendung.

Zu Art. 4:

Die in diesem Artikel festgelegte Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen entspricht in Verbindung mit den im Punkt I des Schlußprotokolls vorgesehenen Ausnahmen den entsprechenden Regelungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit.

Zu Art. 5:

Die hier normierte grundsätzliche Verpflichtung zum Export von Geldleistungen ist in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit vorgesehen. Im Hinblick auf die geringe Fluktuation von Erwerbstätigen zwischen beiden Vertragsstaaten wird diese Exportverpflichtung allerdings auf die Geldleistungen im Bereich der Pensionsversicherung sowie auf Unfallrenten und Sterbegelder eingeschränkt, wie dies zB auch im Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 428/1977, vorgesehen ist (Art. 11 Abs. 1). Hinsichtlich der übrigen Geldleistungen aus der österreichischen Sozialversicherung ist daher ein Export nach Tunesien nur mit Zustimmung des zuständigen Versicherungsträgers möglich (siehe zB § 89 Abs. 3 Z 2 ASVG). Wie in allen anderen Abkommen ist die Ausgleichszulage aus der Pensionsversicherung vom Export ausgenommen (Punkt II lit. a des Schlußprotokolls).

Darüber hinaus ist wie bereits im Abkommen mit Kanada (Art. 5 Abs. 3 lit. b) der Ausschluß des Teils der österreichischen Pension vom Export vorgesehen, der den nicht im Gebiet Österreichs zurückgelegten Zeiten einer Beschäftigung bzw. selbständigen Erwerbstätigkeit entspricht, die nach dem Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG) bzw. den entsprechenden Regelungen des § 116 Abs. 6 GSVG und § 107 Abs. 6 BSVG als österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind (Punkt II lit. b des Schlußprotokolls). Dieser Ausschluß ist im Hinblick darauf vorgesehen, daß

ein Großteil der davon betroffenen Personen sich zwar an einem der in Betracht kommenden Stichtage (11. Juli 1953, 1. Jänner 1961, 27. November 1961) nicht nur vorübergehend in Österreich aufgehalten hat, aber in der Folge Aufnahme insbesondere in bestimmten außereuropäischen Staaten gefunden hat. Hinsichtlich der Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit ergibt sich dieser Ausschluß für diesen Personenkreis bereits aus der in den genannten Bestimmungen des GSVG und BSVG vorgesehenen weiteren Voraussetzung des Wohnsitzes am Pensionsstichtag in Österreich, kann jedoch bei späterer Verlegung des Wohnsitzes von Bedeutung sein. Durch die vorgesehene Regelung wird daher vermieden, daß die österreichische Riskengemeinschaft mit dem Export von Leistungsteilen belastet wird, die auf ausländischen Zeiten beruhen und denen keine Beitragsleistung zur österreichischen Sozialversicherung gegenübersteht.

Zu den Art. 6 bis 8:

Diese Bestimmungen regeln die sich aus der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ergebende Versicherungspflicht, wobei entsprechend den von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit grundsätzlich auf das Territorialitätsprinzip abgestellt wird (Art. 6).

Art. 7 sieht in den Abs. 1 und 2 die in allen Abkommen über Soziale Sicherheit enthaltenen Ausnahmen vom Territorialitätsprinzip für entsendete Dienstnehmer sowie in den Abs. 3 und 4 ergänzende Zuordnungsregelungen für die Beschäftigung auf Seeschiffen und für öffentlich-rechtlich Bedienstete bzw. diesen gleichgestellte Personen vor. Die Einschränkung der Ausnahmeregelung des Abs. 2 auf Luftfahrtunternehmen entspricht dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen (siehe zB Art. 7 Abs. 2 des Abkommens mit Kanada).

Art. 8 enthält die in allen Abkommen über Soziale Sicherheit vorgesehene Ausnahmemöglichkeit hinsichtlich einer unselbständigen Erwerbstätigkeit und entspricht dem Art. 9 des Abkommens mit Kanada.

Zu den Art. 9 bis 11:

Im Zuge der Ausarbeitung des Abkommens mit Norwegen (BGBl. Nr. 218/1986) haben sich im Zusammenhang mit den Regelungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung Probleme hinsichtlich der Kostenerstattung in Fällen eines vorübergehenden Aufenthaltes ergeben. Die diesbezüglich zunächst noch vorgesehenen Regelungen mußten daher in der Folge gestrichen werden, sodaß das Abkommen mit Norwegen in seiner endgültigen Fassung hinsichtlich der besonderen Bestimmungen für den Bereich der Krankenversicherung nur mehr die Zusammenrechnung der

Versicherungszeiten sowie eine Regelung betreffend den Versicherungsschutz von Pensionsbeziehern enthält.

Auch in die in der Folge geschlossenen Abkommen mit Dänemark und Finnland wurden im Hinblick auf die im wesentlichen gleichartige Ausgangslage keine Regelungen betreffend eine aushilfsweise Sachleistungsgewährung aufgenommen. In gleicher Weise ist daher auch im Verhältnis zu Tunesien nur mehr eine Regelung betreffend die Zuordnung der Pensionsbezieher zur Krankenversicherung des jeweiligen Wohnsitzstaates enthalten (Art. 9 in Verbindung mit Art. 10), wobei in den Fällen des Art. 9 Abs. 2 (Einfachpensionisten) entsprechend dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen (zB Art. 15 des Abkommens mit Italien, BGBl. Nr. 307/1983) eine Kostenerstattung vorgesehen ist (Art. 11 in Verbindung mit Punkt III des Schlußprotokolls).

Ergänzend ist zu bemerken, daß eine Regelung betreffend die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Bereich der Krankenversicherung im Hinblick auf die geringe Fluktuation von Arbeitskräften zwischen beiden Staaten nicht erforderlich ist. Aus denselben Überlegungen ist im vorliegenden Abkommen auch keine Regelung betreffend Pensionswerber vorgesehen.

Zu den Art. 12 und 13:

Unter Bedachtnahme auf den Wegfall der aushilfsweisen Sachleistungsgewährung in der Krankenversicherung (siehe die diesbezüglichen Erläuterungen zu den Art. 9 bis 11) werden auch für den Bereich der Unfallversicherung keine diesbezüglichen Regelungen aufgenommen. Wie bereits im Verhältnis zu Dänemark (Art. 24) ist im Art. 12 lediglich die erforderliche Festlegung der Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen vorgesehen. Hierbei gilt der Grundsatz, daß bei Expositionszeiten in beiden Vertragsstaaten nur jener Vertragsstaat eine Leistung zu erbringen hat, in dessen Gebiet zuletzt eine entsprechende Expositionszeit vorliegt (Abs. 1).

Dieser Grundsatz wird durch Abs. 2 für Fälle der Silikose und Asbestose durchbrochen, indem in diesen Fällen wie nach dem Abkommen mit Italien (Art. 24 Abs. 2) grundsätzlich der Aufwand für Geldleistungen zwischen beiden Vertragsstaaten aufgeteilt wird.

Abs. 3 wurde über tunesischen Wunsch aufgenommen und geht für den österreichischen Rechtsbereich ins Leere.

Ebenfalls über tunesischen Wunsch wurde die Regelung des Art. 13 betreffend die Verschlimmerung einer Berufskrankheit aufgenommen. Entsprechende Regelungen finden sich zwar in einigen der von Österreich geschlossenen Abkommen (zB Art. 28 des Abkommens mit Frankreich, BGBl.

Nr. 383/1972), wurden aber im Hinblick darauf, daß diesen keine praktische Bedeutung zukommt, im Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen nicht aufgenommen.

Zu den Art. 14 bis 19:

Diese Bestimmungen betreffen die Gewährung von Leistungen aus der österreichischen bzw. tunesischen Pensionsversicherung und entsprechen praktisch wörtlich den im Verhältnis zu den anderen Vertragsstaaten Österreichs in jüngster Zeit getroffenen Regelungen (zB Art. 13 bis 17 des Abkommens mit Dänemark).

Eine Änderung der diesbezüglichen Regelungen auf Grund der mit 1. Jänner 1985 wirksam gewordenen Pensionsreform war nicht erforderlich, da die Berechnung nach der Pro-rata-temporis-Methode insbesondere in Fällen eines Zurechnungszuschlages (siehe zB § 261 Abs. 3 ASVG) oder eines Kinderzuschlages (siehe zB § 261 a ASVG) auch weiterhin zweckmäßig erscheint. In Versicherungsfällen mit einer Versicherungsdauer von insgesamt nicht mehr als 30 Versicherungsjahren in beiden Vertragsstaaten ergibt sich auf Grund der neuen Pensionsberechnung (einheitlicher Steigerungsbetrag von 1,9% pro Versicherungsjahr) kein Unterschied mehr zwischen der zwischenstaatlich und der innerstaatlich berechneten Leistung. Bei einer darüber hinausgehenden Versicherungsdauer ergeben sich gegenüber der bisherigen Rechtslage in gleicher Weise wie im innerstaatlichen Bereich keine Änderungen. Unter Berücksichtigung der Pensionsreform konnte jedoch die in den Abkommen bisher enthalten gewesene Regelbestimmung betreffend die Anrechenbarkeit der Versicherungsmonate entfallen.

Die Leistungen aus der tunesischen Pensionsversicherung sind nach denselben Grundsätzen wie die Leistungen aus der österreichischen Pensionsversicherung festzustellen. Ein Unterschied besteht lediglich für Fälle, in denen die betreffende Person die Voraussetzungen für einen Pensionsanspruch nach den tunesischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Abkommens erfüllen würde. In diesen Fällen werden die tunesischen Leistungen auch bei Hinzutreten einer Leistung nach den österreichischen Rechtsvorschriften ohne Anwendung der Pro-rata-temporis-Methode (Art. 15) im Ausmaß der nach nationalem tunesischen Recht gebührenden „Vollpension“ gewährt (Art. 17 Z 4).

Zu den Art. 20 bis 25:

Die Regelungen über die Familienbeihilfen folgen inhaltlich im wesentlichen den Abkommen, die mit den anderen mediterranen Ländern geschlossen worden sind (siehe auch die allgemeinen Überlegungen über den Familienlastenausgleich im Abschnitt 3 des Allgemeinen Teiles).

Der Vertragsstaat, in dem ein Dienstnehmer beschäftigt ist, hat die Familienbeihilfen auch für jene Kinder zu leisten, die sich ständig im anderen Vertragsstaat aufhalten. Hierbei sind diese Dienstnehmer wie eigene Staatsangehörige zu behandeln (Art. 4).

Die österreichische Familienbeihilfe wird für Kinder, die sich ständig in Tunesien aufhalten,

- a) nur bis zum 16. Lebensjahr gewährt, wenn sie sich nicht in Schulausbildung befinden (dann endet der Anspruch spätestens mit Erreichung des 25. Lebensjahres, Art. 20 Abs. 3);
- b) nur in vermindertem Ausmaß monatlich gezahlt: für Kinder bis zum 10. Lebensjahr 818 S (statt 1 200 S) und für Kinder über dem 10. Lebensjahr 938 S (statt 1 450 S). Diese Beträge sind der Höhe der ausgewiesenen österreichischen Familienbeihilfe jeweils prozentuell anzupassen (Art. 21).
- c) Die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder wird nur für tunesische Kinder gezahlt, die sich ständig in Österreich aufhalten (Punkt IV lit. c des Schlußprotokolls).

Im übrigen sind die üblichen Kollisionsnormen, die Regelungen über eine erforderliche Arbeitserlaubnis und über eine einmonatige Wartezeit auf die österreichische Familienbeihilfe vorgesehen. Auch vermittelt ein Anspruch auf Geldleistungen aus der gesetzlichen Kranken- oder Arbeitslosenversicherung den Anspruch auf Familienbeihilfen.

Zu den Art. 26 bis 34:

Die in diesen Artikeln enthaltenen verschiedenen Bestimmungen betreffend die Durchführung des Abkommens sind zum größten Teil wörtlich in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit enthalten (siehe zB die Art. 28 bis 34 des Abkommens mit Dänemark).

Zu den Abweichungen von diesen Grundsätzen ist folgendes festzuhalten:

Hinsichtlich der Vollstreckungshilfe (Art. 31) wird über tunesischen Wunsch anstelle einer materiellen Regelung in diesem Bereich lediglich auf den diesbezüglichen Vertrag zwischen den beiden Staaten vom 23. Juni 1977, BGBl. Nr. 305/1980, verwiesen.

Der über tunesischen Wunsch aufgenommene Abs. 3 des Art. 32 stellt klar, daß auf Grund dieses Artikels vorzunehmende Einbehalte (sowohl hinsichtlich der Zulässigkeit als auch hinsichtlich des diesbezüglichen Verfahrensrechtes) sich nach den Rechtsvorschriften jenes Vertragsstaates richten, in dessen Gebiet der zur Einbehaltung berufene Träger seinen Sitz hat.

In der Streitbeilegungsregelung (**Art. 34**) wurde über tunesischen Wunsch im Abs. 1 auch die Möglichkeit der Einsetzung einer Ad-hoc-Expertenkommission vorgesehen.

Zu den Art. 35 bis 37:

Diese Artikel enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen (siehe zB Art. 35 bis 37 des Abkommens mit Dänemark).